

ZEF

Working Paper Series

Department of
Political and
Cultural Change

ISSN 1864-6638

Center for Development Research
Department of Political and Cultural Change

Research Group
Culture, Knowledge and Development

9

Partnerschaft, Patronage oder
Paternalismus? Eine empirische
Analyse der Praxis universitärer
Forschungskooperation mit
Entwicklungsländern

Veronika Fuest



Center for Development Research
University of Bonn
ZEF Bonn

ZEF Working Paper Series, ISSN 1864-6638
Department of Political and Cultural Change
Center for Development Research, University of Bonn
Editors: H.-D. Evers, Solvay Gerke, Peter Mollinga, Conrad Schetter

Authors' address

Dr. Veronika Fuest
Auf der Lehmkuende 1, 37085 Goettingen, Germany
Tel. +49 +551 794146
e-mail V.Fuest@gmx.de

Partnerschaft, Patronage oder Paternalismus?
Eine empirische Analyse der Praxis universitärer
Forschungskooperation mit Entwicklungsländern

Veronika Fuest

Inhalt

1. ZUSAMMENFASSUNG	5
2. EINFÜHRUNG.....	7
3. RAHMENBEDINGUNGEN - AKTEURE – INTERESSEN	9
3.1. DIE SITUATION IM „SÜDEN“	9
3.2. DIE SITUATION IM „NORDEN“.....	13
4. FORSCHUNGSPRIORITÄTEN	17
5. KAPAZITÄTSAUFBAU	21
6. INTERKULTURELLE PROBLEME	23
7. PROGRAMME UND ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER.....	25
8. FORSCHUNGSPARTNERSCHAFT – EIN PARADOXER DISKURS?	28
9. EMPFEHLUNGEN.....	31
10. ANHANG	37
ZITIERTER LITERATUR	49
ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME	53

„Internationale Erfahrungen gepaart mit Toleranz und Aufgeschlossenheit für andere Kulturen gelten als die Schlüsselkompetenz der Zukunft.“

Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

„Wenn wir Glück hatten, haben sie nicht gestört.“

Deutscher Wissenschaftler über seine Forschungspartner in einem Entwicklungsland

1. Zusammenfassung¹

Mit dieser Studie wird ein spezifisches Segment internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit analysiert: das Zusammenspiel von Akteuren, Interessen und Institutionen im Feld von Forschungsprojekten, die von deutschen Hochschulen in Entwicklungsländern im Bereich der Grundlagenforschung durchgeführt werden. Das bislang in Deutschland sowohl wissenschaftssoziologisch als auch entwicklungspolitisch unterbelichtete Thema der Forschungsk Kooperation zwischen ungleichen Partnern wird aus handlungstheoretischer und gleichzeitig institutionalistischer Sicht bearbeitet. Forschungsprojekte mit Beteiligung der Wirtschaft werden hier nicht berücksichtigt.

Forschungsprojekte, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden, weisen eine Vielfalt von individuellen und kollektiven Akteuren sowie Interessen auf. Förderorganisationen, deutsche Wissenschaftler, ausländische Partner und potenzielle Nutzer von Forschungsergebnissen bewegen sich in einem durch Widersprüche gekennzeichneten Feld. Ideologie und Projektpraxis, institutionelles Umfeld, Bedarfs- und Interessenslagen passen häufig nicht zueinander. Ein zentrales Problem ist die Bestimmung von Forschungsprioritäten durch die Wissenschaftler des „Nordens“, die oftmals reine Grundlagenforschung favorisieren. Die Berücksichtigung von Erkenntnis- und Verwertungsinteressen des „Südens“, wo problem- und anwendungsorientierte oder gar die Nutzer von Forschungsergebnissen einbeziehende Forschung als vorrangig betrachtet wird, bringen im Rahmen des deutschen bzw. internationalen Wissenschaftssystems nur geringe Meriten ein.

Die in Forschungsanträgen wie auch –berichten verwendete Partnerschaftsrhetorik wird in vielen Fällen nicht in Partnerschaftspraxis überführt aufgrund eines Mangels an wissenschaftlicher Kapazität auf Seiten der ausländischen Partner, an transdisziplinärer Kompetenz insbesondere auf Seiten der deutschen Partner, einer Ignorierung der Interessen und Unterschätzung der Wissenspotenziale des „Südens“ durch den „Norden“, des Fehlens

¹ Die Ergebnisse dieser Studie beruhen auf persönlichen Einblicken (beobachtende Teilnahme und informelle Interviews zwischen 1997 und 2004) der Autorin in die Praxis verschiedener internationaler Forschungsinstitute und –projekte, Forschungsförderorganisationen sowie einer ergänzenden Literaturlauswertung. Die Organisationen umfassen verschiedene internationale Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte internationale Umweltforschungsprojekte, verschiedene entwicklungsländerorientierte Universitätsinstitute in Deutschland sowie Universitäten und Forschungsinstitute in Südostasien und Afrika. Für wertvolle Hinweise und konstruktive Kommentare zu einer früheren Version der Studie ist an dieser Stelle Hans-Dieter Evers, Michael Fremerey, Susanne Kieffer und Peter Mollinga herzlich zu danken. Für den Inhalt ist die Autorin jedoch allein verantwortlich.

gemeinsamer Planung und Durchführung sowie interkultureller Missverständnisse. Institutionelle Zwänge der Wissenschaftsbetriebe auf beiden Seiten, differierende Lebenssituationen, Interessenslagen und Wahrnehmungen beteiligter Akteure werden bei Planung und Förderung bisher nicht systematisch berücksichtigt. Daraus erwachsende Konflikte können erhebliche Projektressourcen binden und den Ablauf von Forschungsprojekten behindern.

Deutsche Forschungsakteure haben jenseits von zufällig erworbenem Erfahrungswissen noch keine Methoden zur Hand, die über ad-hoc- bzw. trial-and-error-Vorgehensweisen hinaus weisen. Im Gegensatz zu anderen Ländern des „Nordens“ liegen in Deutschland keine klaren Ziele und Verfahren der Integration von Wissenschaftspartnern aus Entwicklungsländern, geschweige denn von Endnutzern der Forschungsprodukte, in die Forschungsplanung und -durchführung vor.

In anderen Industrieländern werden Forschungspartnerschaften seit langem institutionell gefördert. Dort scheint ein größeres Bewusstsein bzgl. der Probleme und Widersprüche in diesen Partnerschaften zu existieren. Durch gezielte Evaluierung bzw. international angelegte Wissenschaftsforschung, die die Erfahrungen aus Modellen der Forschungsk Kooperation anderer europäischer Länder einbezieht, könnte die Grundlage für eine Forschungsförderungspolitik geschaffen werden, die einer realistischen Einschätzung der Kooperationsinteressen und -potenziale auf allen Seiten Rechnung trägt.

Eine Umorientierung in den Forschungsförderorganisationen und Universitäten wird empfohlen. Im universitären Wissenschaftsbetrieb müssten mehr Anreize für an Problemlösung bzw. Nachfrage orientierte Forschungsvorhaben geschaffen werden. Die dafür erforderlichen Qualifikationen sowie interkulturelle, transdisziplinäre bzw. partizipative Kompetenz bedürfen der Förderung.

Voraussetzung wären institutionelle Veränderungen der Forschungsförderung in Deutschland, Fortbildung und Sensibilisierung der an Entwicklungsländerforschung interessierten Wissenschaftler auf allen Seiten und stärkere Investitionen in außerwissenschaftliche Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen. Die Situation von Wissenschaftlern aus den jeweiligen Entwicklungsländern und die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Forschung in die Konzeptionierung von Forschungsvorhaben sind stärker und systematisch zu berücksichtigen. Genauere Kenntnis der (potenziellen) Widersprüche in der vielfältigen Domäne der Forschungsk Kooperation ist eine wichtige Voraussetzung für die gegenseitige Beratung und Orientierung bei der Forschungsplanung. Größerer Wert wäre auf Maßnahmen zu legen, die Transparenz unter den Partnern begünstigen und den Bedarf an einer breiteren Wissensbasis vor Projektbeginn gerecht werden.

Finanzierungsmöglichkeiten, Ausschreibungen und Bedingungen der Antragstellung wären an einen erhöhten Lern- und Kommunikationsbedarf anzupassen. Kapazitätsaufbau auf beiden Seiten stellt eine integrierte, im Projektrahmen ebenfalls explizit zu benennende und der jeweiligen Zielsetzung unterzuordnende Aufgabe dar.

Für eine effektive Umsetzung von Forschungspartnerschaften, die sich an den Bedürfnissen von benachteiligten Gruppen in den Entwicklungsländern orientieren wollen, könnte von Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit (deutscher und anderer Akteure) profitiert werden. Dabei wären jedoch entsprechende Erfahrungen mit partizipativer Forschung im Hinblick auf die institutionellen Zwänge der EZ kritisch zu reflektieren.

2. Einführung

Seit den 80er Jahren hat die Förderung von Forschungsprojekten in Entwicklungsländern insbesondere durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zunehmend an Bedeutung gewonnen (BMBF 2002). Insbesondere die grenzüberschreitende Bearbeitung regionaler wie auch globaler Umweltthemen hat vielfach zur Auswahl von Forschungsstandorten in Entwicklungsländern geführt. Eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen² ist dabei häufig vorausgesetzt oder zur Bedingung der Förderung gemacht worden. Mittlerweile liegen umfangreiche Erfahrungen aus internationalen Forschungsprojekten vor, die im deutschsprachigen Raum bis her nur in der Schweiz thematisiert worden sind (KFPE 1998, Maselli/Sottas 1996)³. Vor dem Hintergrund zunehmender Internationalisierung der Wissenschaft (Weltbank 1998:9-10; Evers et al. im Druck) einerseits, der verbreiteten Forderung nach internationalen Lösungen globaler Probleme bei ungleicher Verteilung wissenschaftlicher Kapazitäten andererseits (Maselli/Sottas 1996:28-30) sollen empirische Befunde über die bisherige Praxis und Probleme in Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern in der deutschen universitären Forschungslandschaft analysiert werden. Für die Organisation und Bewertung dieser Befunde sind sowohl handlungstheoretische Konzepte (Berger/Luckmann 1969; Bourdieu 1985; Giddens 1984) brauchbar, die Wechselbeziehungen zwischen Akteuren, ihren Interessen und sozialer Struktur erfassen, als auch eine institutionalistische Perspektive (DiMaggio/Powell 1991), die die Handlungsfelder oder Organisationen bedingenden Regelwerke sowie impliziten Vereinbarungen unter den (dominanten) Akteuren berücksichtigt. So wird angenommen, dass

„...der Staat in der Lage (ist), das Funktionieren der verschiedenen Felder zu regeln, indem er entweder finanziell (im ökonomischen Feld etwa durch staatliche Investitionshilfen oder im kulturellen Feld durch Zuschüsse zu bestimmten Bildungsformen) oder juristisch interveniert (etwa durch Regelungen der Funktionsweise von Organisationen oder des Verhaltens der einzelnen Akteure)“ (Bourdieu 1985:50).

Gegenstand dieser Studie sind die Handlungsfelder sowie die Beziehungen zwischen Akteuren und Institutionen in wissenschaftlichen Forschungsprojekten, die in Entwicklungsländern im Rahmen universitärer Kooperation durchgeführt werden. Typischerweise werden Wissenschaftler aus dem „Süden“ in solche Projekte als „Partner“ eingebunden. Die Beschäftigung von Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern in Projekten, die sich mit Themen des „Nordens“ befassen, stellt in Deutschland noch eine Ausnahme dar. Die Wissenschaftsforschung hat sich bislang auf die Industrieländer konzentriert, doch soll auch für die Wissenschaft der Entwicklungsländer gelten:

„... das wissenschaftliche Feld (ist) eine soziale Welt wie die anderen, in der es wie anderswo um Macht, Kapital, Kräfteverhältnisse, Erhaltungs- oder Subversionsstrategien, Interessen usw. geht, ... es (ist) eine Welt für sich ..., mit eigenen Gesetzen für ihr Funktionieren...“ (Bourdieu 1985:88).

² Im folgenden beschränkt sich die Autorin aus Gründen der Lesbarkeit auf das generische Maskulinum. Weibliche Akteure sind selbstverständlich impliziert.

³ Dem gegenüber gibt es inzwischen diverse Auseinandersetzungen mit dem Thema Interdisziplinarität, zu deren Ausübung ebenfalls „Partnerschaften“ konstituiert werden müssen. Jedoch werden auch hier nur in Ausnahmefällen die Aspekte der Machtausübung und Konkurrenz unter den Disziplinen thematisiert. Vgl. Fuest (2004).

Im Rahmen einer Bestandsaufnahme der „Arenen“ internationaler Konstellationen in Forschungsprojekten der DFG und des BMBF und der Perspektiven der beteiligten Akteure werden die wichtigsten Differenzen und Probleme in diesen Projekten analysiert. Ein Blick auf Programme der Forschungskoooperation anderer Länder soll auf die fortgeschrittene Diskussion des Themas im Ausland sowie Alternativen der Politikgestaltung in diesem Feld verweisen. Auf Unterschiede zwischen verschiedenen Kategorien von Entwicklungsländern, in der Praxis von Angehörigen verschiedener Wissenschaftsbereiche (Natur- und Geistes- bzw. Sozialwissenschaften) sowie verschiedenen Forschungsförderungsorganisationen wird im jeweiligen Kontext hingewiesen, sofern entsprechende Befunde vorliegen. Forschungsvorhaben mit kommerziellem Nutzungsinteresse werden hier nicht näher betrachtet. Auch die Erfahrungen, die mit kooperativen Forschungen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit oder von anderen, nicht-universitären wissenschaftlichen Instituten, die ebenfalls Forschung in Entwicklungsländern betreiben⁴, gemacht wurden, werden Gegenstand weiterer Studien sein müssen.

Die internationale Zusammenarbeit wird auf beiden Seiten der Partnerschaft von den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen sowie den Sichtweisen und Interessen der am Forschungsprojekt beteiligten Akteure beeinflusst. Partnerschaften konstituieren sich durch individuelle oder kollektive Akteure auf beiden Seiten: individuelle Wissenschaftler, d.h. Professoren oder wissenschaftliche Mitarbeiter, Promovierende bzw. Studierende, Universitäten, Forschungsinstitute und – je nach Kontext – Anwender der Ergebnisse. Diese können theoretisch politische Entscheidungsträger, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit bzw. entwicklungspolitische Zielgruppen selbst sein. Die Interaktionen dieser Partner unterliegen strukturellen Beschränkungen, vor allem den institutionellen Bedingungen der Finanzierungsmöglichkeiten, die durch Forschungsförderungsorganisationen und mit Forschungspolitik beauftragte Ministerien bestimmt werden.

Es lassen sich verschiedene Arten von Forschung unterscheiden, die Partner in internationalen Projekten zusammen führen können. Es handelt sich um allgemeine (oder reine) Grundlagenforschung, problemorientierte Grundlagenforschung und nachfrageorientierte Forschung, die auch häufig mit dem Begriff der „Anwendungsorientierung“ und „Transdisziplinarität“⁵ gleich gesetzt werden. Für die nachfrageorientierte Forschung werden diese Begriffe in dieser Arbeit synonym verwendet. Sie wäre noch zu präzisieren im Hinblick auf die Frage der nachfragenden Akteure bzw. Nutznießer der Ergebnisse. Es kann sich sowohl um Auftragsforschung handeln, die Daten für Politikentscheidungen auf nationalem Niveau bereit stellen soll, als auch um partizipative bzw. Aktionsforschung⁶, in der auch lokale Akteure Forschungsfragen mitbestimmen und selbst die Ergebnisse anwenden. Hier werden Hochschulprojekte betrachtet, die sich im Bereich der reinen oder anwendungsorientierten Grundlagenforschung bewegen.

⁴ z.B. die Fraunhofer Gesellschaft, die politischen Stiftungen, Max-Planck-Institute, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried-Wilhelm-Leibniz.

⁵ *Transdisziplinarität* wird verstanden als Übertragung von Forschungsergebnissen in die nicht-wissenschaftliche Praxis bzw. als Gestaltung des Forschungsprozesses mit außerwissenschaftlichen Akteuren. S. dazu exemplarisch die Beiträge in Brand (2000).

⁶ In der Aktionsforschung, die auf den Sozialpsychologen Kurt Lewin zurück geht, unter Bezug auf das Wissenschaftsverständnis der kritischen Theorie (Habermas 1968) weiter entwickelt wurde und im entwicklungspolitischen Kontext häufig mit dem Begriff „partizipativ“ bedacht wird, wird die Datenerhebung als Teil des sozialen Prozesses aufgefasst und interpretiert. Vorwürfen der Vernachlässigung der Theoriebildung, des naiven Empirismus oder auch der politischen Voreingenommenheit wird damit begegnet, Aktionsforschung als eigenes Paradigma zu deklarieren, reflexive Methoden zu verfeinern und eigene Validitätskriterien von Forschung zu definieren.

3. Rahmenbedingungen - Akteure – Interessen

3.1. Die Situation im „Süden“

Die Situation des Forschungssektors und damit zusammen hängend, des tertiären Bildungssektors, ist in den Entwicklungsländer keineswegs einheitlich. Die Länder verfügen über unterschiedliche Wissenschaftstraditionen, sind unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattet und verfolgen unterschiedliche Forschungspolitiken. Die meisten Entwicklungsländer sind arm und von einer extrem ungleichen Einkommensverteilung gekennzeichnet. Manche Entwicklungsländer, insbesondere die sog. Schwellenländer, haben jedoch eine etablierte Basis für Forschung und eine relativ hohe Kapazität für die Mitbestimmung ihrer Interaktion mit internationalem Wissen⁷. Innerhalb der Länder kann es starke Gefälle zwischen zentralen, gut ausgestatteten Universitäten und Forschungsinstituten einerseits und marginalen (Provinz-) Universitäten andererseits geben. Die Auswahl von Forschungsstandorten ist aufgrund politischer Bedingungen oft eingeschränkt. Partner aus dem Norden ballen sich vor allem in den Ländern mit relativ stabiler politischer Lage, guter Informations- und Verkehrsinfrastruktur usw. (s. auch Maselli/Sottas 1996).

In sehr vielen Ländern des „Südens“ herrscht politische Instabilität, und es gibt nur eine reduzierte bzw. keine Meinungsfreiheit. Einer Ausweitung des tertiären Bildungssektors nach Erreichung der Unabhängigkeit folgte insbesondere in der 80er Jahren in vielen Ländern nicht nur eine Verringerung der Etats sondern auch eine Legitimationskrise. Forschung und Wissenschaft allgemein gelten nicht in dem Maße als wichtig für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung wie in den Industrieländern. Ihre Wirkung ist selten direkt und wahrnehmbar. Häufig besteht daher ein Mangel an politischer Unterstützung für und Finanzierung von Forschung aus öffentlichen Mitteln.

Der Wissenschaftsbetrieb der meisten Entwicklungsländer ist in geringerem Maße autonom als der in den Industrieländern. Er kann stark von den machtpolitischen Interessen herrschender Eliten beeinflusst sein und ist oft von einer starken Außenorientierung geprägt. Diese kann auf einer Abhängigkeit von Universitäten der Industrieländer beruhen - in manchen Staaten wird das gesamte tertiäre Bildungssystem primär von Ausländern finanziert -, oder von einer Abhängigkeit der Institute von der Einwerbung von Drittmitteln von privater oder öffentlicher Seite für Forschungsinfrastruktur und Auftragsforschung (vgl. Bierschenk/Wieschialek 2002:3-4; Tetzlaff 2003:22). Die Wissenschaftssektoren mancher Länder zeichnen sich durch eine eigentümliche Koexistenz von grundlagenwissenschaftlich ausgerichteten, seit langem extern finanzierten Forschungsinstituten mit hoch spezialisierten Wissenschaftlern⁸ einerseits und von Entwicklungsorganisationen geförderten Instituten mit partizipativem Forschungsauftrag andererseits aus.

In den ärmeren Entwicklungsländern sind die materiellen und infrastrukturellen Bedingungen an vielen Universitäten und Forschungsinstituten manchmal katastrophal. Es fehlt an Mitteln für Laborausüstung, Arbeitsmaterialien, Bücher, Transport, Feldforschungen, Computer und Software sowie Internetnutzung.⁹ Inhalte und Methoden in der Lehre sind häufig veraltet. Vor diesem Hintergrund hoffen viele Partneruniversitäten auf Unterstützung durch ausländische

⁷ Länder mittlerer Einkommen wie z.B. Chile verfügen über gute Forschungskapazitäten und sind bei der Gestaltung ihrer Forschungspartnerschaften kaum auf externe Hilfe angewiesen. S. dazu Maselli/Sottas (1996: 120-121).

⁸ Ein Beispiel bildet die Mongolei mit einem besonders hohen Anteil von Kernphysikern unter den Wissenschaftlern.

⁹ Ausnahmen bilden durch internationale Geberorganisationen gut ausgestattete Universitäten in einigen der sog. Schwellenländer, deren technische Ausrüstung die von durchschnittlichen deutschen Universitäten bei weitem übertreffen kann.

Projekte beim Infrastrukturerhalt oder -aufbau. Wo sich ärmere Institute bzw. Universitäten als Partner anbieten, versuchen diese so viele Ressourcen wie möglich von der deutschen Seite auszuhandeln. Da kann es u. U. um die Bezahlung von Stromrechnungen oder Renovierungsarbeiten für Projektbüros gehen – nach den Richtlinien der deutschen Förderorganisationen typische „Eigenleistungen“ der jeweiligen Partnerinstitution. Die Aussicht auf einen langfristigen Kapazitätsaufbau durch Qualifizierungen von Wissenschaftlern der Einrichtung im Rahmen eines deutschen Projektes bildet nicht in jeder Situation einen ausreichenden Anreiz für Partneruniversitäten, wenn diese unter akutem Ressourcenmangel leiden und kurzfristige, anders geartete Lösungen ihrer Probleme durch einen deutschen „Partner“ erhoffen.

In Anbetracht der drängenden Armutprobleme bzw. eines stärkeren Legitimationszwangs orientiert sich der Wissenschaftsbetrieb i.d.R. weniger am internationalen Publikationswettbewerb, der sich am den Science Citation Index ausrichtet, als vielmehr an ihrem Betrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen des Landes und zur Verbesserung der Lebenssituation dort (s. die Beiträge in Amini et al. 1999; Shrum 1996). Wissenschaftliche Exzellenz im Sinne des etablierten internationalen Wissenschaftssystems ist in der Vergangenheit national nicht anerkannt oder belohnt worden. Dies gilt noch immer, obwohl an den Universitäten des „Südens“ die grundlagenwissenschaftliche Qualifikation bei Berufungen zunehmend wichtiger zu werden scheint.

Von Seiten ihrer Universitätsleitungen können einzelne Wissenschaftler nicht immer mit Unterstützung für ihre Teilhabe an internationalen Projekte rechnen, und wenn, dann im Rahmen eines von außen nur schwer kalkulierbaren Patronagesystems.¹⁰ An Universitäten der Entwicklungsländer bildet Lehre meistens die Hauptaktivität gegenüber der Forschung und Verwaltungsarbeit. Aufgrund eines allgemeinen Mangels an wissenschaftlichem Personal haben Wissenschaftler daher vielerorts Schwierigkeiten, wenn sie sich von der Lehre für Zwecke der Forschungskooperation freistellen lassen möchten.

Die Gehälter des wissenschaftlichen Personals in den Gastländern reichen häufig kaum für deren Lebensunterhalt. Die Kollegen dort sind darauf angewiesen, zusätzliche Einkommen zu erwirtschaften. Sie betreiben manchmal nebenher eigene Wirtschaftsunternehmen und erstellen Gutachten oder Studien, je nach Bedarfslage für politische Institutionen, staatliche Administration, entwicklungspolitische und/oder wirtschaftliche Organisationen. Durch Umweltstudien und als Gutachter im Entwicklungsgeschäft können gefragte Fachkräfte erhebliche Einkommen erwirtschaften. Gerade den besser qualifizierten unter den Wissenschaftlern werden von internationalen Organisationen, z.B. der Weltbank, vergleichsweise hohe Honorare angeboten, so dass sie abwägen, was ihnen die deutschen Projekte bieten können.

Auftragsforschung zeichnet sich zwar durch einen gewissen ad-hoc-Charakter und die Abhängigkeit von den Interessen der jeweiligen Auftraggeber aus. Auftragsstudien können jedoch eine Menge an vielseitig verwertbarem Wissen enthalten. Da keine intellektuellen Eigentumsrechte geltend gemacht werden können, sind sie i.d.R. nicht öffentlich zugänglich. Sie werden nicht zentral archiviert, und es fehlen "peer reviews". Kommen aufgrund solcher Arbeiten doch Veröffentlichungen zustande, so weisen sie vielfach ein nach internationalen Maßstäben niedriges wissenschaftliches Niveau auf und unterliegen der „Hegemonie des Entwicklungsparadigmas über die intellektuelle Orientierung von Forschungen“ (Bierschenk/Wieschiolek 2002:14).

¹⁰ Für den afrikanischen Kontext konstatieren Bierschenk/Wieschiolek Kooperationsblockaden aufgrund der „politisierten und überbürokratisierten Personalpolitik“ (2002: 15).

Wissenschaftler der Entwicklungsländer stehen in ihren jeweiligen Herkunftsländern bzw. –orten häufig unter hohem sozialem Erwartungsdruck, dem sie im Rahmen tradierter Netzwerkstrategien gerecht werden (müssen). Seitens ihrer Verwandtschaftsgruppen werden auch über weite Entfernungen Ansprüche auf ökonomische Unterstützung und klientelistische Protektion geltend gemacht, denen sie sich nur schwer entziehen können. Das kann dazu führen, dass fachlich minder qualifizierte Verwandte als Diplom- oder Promotionskandidaten eingeführt werden, die dann in den Genuss von durch Drittmittel geförderten Stipendien eines Projektes kommen, schließlich aber in einer gemeinschaftlich organisierten wissenschaftlichen Nachwuchsbetreuung an einem deutschen Institut viel Arbeit und Verzögerungen mit sich bringen können. Der sozioökonomischen Situation vieler Wissenschaftler in den Partnerländern, verbunden mit einer „Nehmermentalität“ auf Seiten mancher Partner, ist wohl auch das Vorkommen der Veruntreuung von Projektressourcen zuzuschreiben (vgl. auch Maselli/Sottas 1996:78).

Die Diversifizierung der Einkommensstrategien und die Einbindung in soziale (urban-rurale) Netzwerke bringen es mit sich, dass viele Wissenschaftler in engerem Kontakt mit der Bevölkerung, politischen Akteuren und den sozioökonomischen und politischen Problemen in ihren Ländern stehen. Dadurch, nicht nur durch ihre eigenen Forschungsergebnisse, haben sie Verbindungen zu (lokalen) Erfahrungen und Wissensbeständen, die sich Wissenschaftlern des „Nordens“ nur schwer erschließen. Der individuelle Erfahrungshintergrund der Wissenschaftler bedingt also auch die Prioritäten von Forschungszielen.

Andererseits besteht, wie anderswo auch, häufig eine soziale Distanz zwischen Wissenschaftlern und Bevölkerung. Auch in den Entwicklungsländern ist die Auswahl von Forschungsthemen und Teilhabe an Projekten von Modetrends, Opportunität und Machtstrukturen bestimmt und nicht zwangsläufig an den Belangen unterprivilegierter Mehrheiten ausgerichtet. In der Tendenz sind die Forschungssektoren der Entwicklungsländer letztlich den gleichen Beschränkungen und Widersprüchen unterworfen wie die klassischen Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit, deren „Partner“ sich i.d.R. aus der Elite rekrutieren. Die während der Kolonialzeit und ggf. später im Ausland erworbene Ausrichtung an Themen des „Nordens“ sowie die Probleme ethnischer und sprachpolitischer Dominanz von Bildungseliten sind zumindest in afrikanischen Ländern nicht überwunden (Crossman 1999). Im Rahmen herkömmlicher Entwicklungsforschung dominiert dort noch immer ein Diskurs der Überlegenheit der Wissenschaftler gegenüber den potenziellen Nutzern von Forschungsergebnissen; und lokalem Wissen wird wenig Bedeutung beigemessen. Die Minderheit derjenigen Wissenschaftler, die relativ ‚basisorientiert‘ etwa im Rahmen von Nichtregierungsorganisationen arbeiten (müssen), hat häufig keinen Zugang zu den internationalen Wissenschaftsnetzwerken.

Es scheint unter Wissenschaftlern des „Südens“ ein relativ hohes Problembewusstsein bzgl. Organisations-, Verwaltungs- und Managementfragen in Forschungsprojekten zu bestehen (Shrum 1996:39-41). Dies mag auf Erfahrungen mit dem starken Einfluss internationaler Organisationen auf „Governance“-Strukturen in den Entwicklungsländern beruhen. Universitäten des „Südens“ scheinen viel stärker als diejenigen in Deutschland motiviert zu sein, ihre Rolle für die gesellschaftliche Praxis zu reflektieren (vgl. die Beiträge in Amini et al. 1999 sowie Taylor/Fransman 2003), doch gilt auch hier, ähnlich wie in wissenschaftlichen Instituten des „Nordens“:

„Especially in the academic environment, personal development, and related values, attitudes, and soft skills, are approached with scepticism and insecurity as lecturers in all institutions see themselves as disciplinary experts rather than communicators“ (Hagmann/Almekinders 2003:25).

Die Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Partnern leidet indirekt auch unter dem sog. „Brain Drain“. Es wird geschätzt, dass z.B. die Universitäten in Afrika jährlich bis zu 4.000 hoch qualifizierte Wissenschaftler an europäische und nordamerikanische Universitäten verlieren (Ghawami 2003:27). Die vergleichsweise wenigen in ihren Ländern verbleibenden und gut qualifizierten Wissenschaftler werden oft mit Kooperationsanfragen überhäuft, wobei deutsche Akteure sowohl untereinander als auch mit anderen internationalen Akteuren um die ‚besten Köpfe‘ konkurrieren müssen. Nicht selten kommt es vor, dass international besonders begehrte Kooperationspartner gleichzeitig mehrere Zusagen machen, die damit verbundenen Mittel von verschiedenen Seiten in Empfang nehmen, jedoch aus Kapazitätsgründen nur in einem oder zwei Projekten ernsthaft mitarbeiten.

An der Entwicklung der Forschungsfragen sind die Wissenschaftler des „Südens“ kaum beteiligt, sieht man einmal von kritischen und verhandlungsstarken Wissenschaftlern in manchen Entwicklungsländern bzw. an manchen ihrer Universitäten ab (dazu gehören z.B. Indien, Mexiko, Südafrika und Vietnam). In den meisten Fällen stellen die in der Antragsphase von deutschen Projektpartnern angesprochenen Wissenschaftler sich bzw. den Namen ihres Instituts je nach Lage mehr oder weniger bereitwillig zur Verfügung. Es sollen den Deutschen keine Steine in den Weg gelegt werden, und schließlich stehen gewisse Vorteile in Aussicht:

„... it is impossible to say whether we would have said no. In most instances we just accepted the terms because it was an opportunity to develop some capacity. So whether it was good or not, we said ‘yes’“ (Gyapong 2001:20).

Die Kooperationsbereitschaft individueller „Partner“ beruht je nach Voraussetzungen auf einem breiten Spektrum möglicher Motive. Interesse für ein vom deutschen Partner eingebrachtes Thema, die Möglichkeit nach früherer Ausbildung an einer Universität des „Nordens“ wieder einmal forschungswissenschaftlich arbeiten zu können, die Aussicht auf eine Beteiligung an Publikationen in internationalen referierten Zeitschriften zur persönlichen Weiterqualifikation, die Freundschaft bzw. Loyalität zu einem deutschen Wissenschaftler (insbesondere bei ehemaligen Doktoranden gegenüber ihren vormaligen deutschen Betreuern) können eine Rolle spielen. Hohe Anreize bilden die Aussicht auf einen Zufluss von Ressourcen in Form von Honoraren und Reisegeldern, Gastwissenschaftleraufenthalte und Teilnahme an internationalen Workshops und Konferenzen (welche in den jeweiligen akademischen Aufstiegshierarchien häufig mit „credit points“ belohnt werden) sowie Prestigezuwachs. Je nachdem, wie groß der Anteil der Arbeitslosen unter den Akademikern in den betreffenden Ländern ist und welche lukrativen Möglichkeiten den Betreffenden sonst noch angeboten werden, ist mit hohem oder geringem Engagement in der Forschungspartnerschaft zu rechnen.

Die Befürchtung kommerzieller Ausbeutung von Forschungsergebnissen durch Wirtschaftsbetriebe in den Industrieländern existiert seit den 70er Jahren (Gaillard 1994). Diese Befürchtungen können auch grundlagenwissenschaftlich ausgerichtete Projekte, insbesondere biologisch-ökologische, behindern. Vor dem Hintergrund der Convention on Biological Diversity und der Erfahrungen mit internationaler „Biopiraterie“ ist die Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen, deren Nutzung und die Formulierung entsprechender Eigentumsrechte besonders in den Ländern mit großer biologischer Vielfalt ein politisches Anliegen geworden. Denn die Aneignung des „grünen Goldes der Gene“ durch die Agrar- und Pharmaindustrie ist politisch-institutionell international nicht ausreichend reguliert. Viele Entwicklungsländer sehen hier zudem eine mögliche Einkommensquelle durch die Inwertsetzung der dortigen Vielfalt (Brand/Görg, 2001). Regulierungen des Zugangs zu Forschungsgebieten scheinen immer undurchschaubarer und willkürlicher zu werden. Verpflichtungen auch für deutsche Grundlagenforscher gegenüber ihren Gastländern können zu nicht erfüllbaren Erwartungen führen (z.B. Höhe von Forschungsgenehmigungsgebühren).

In „schwachen“ Staaten mit schwach ausgebildeten Institutionen erfordert der unvermeidliche Umgang mit der Bürokratie besonders viel Zeit und Geduld. Es gibt in vielen Entwicklungsländern einen Institutionenpluralismus und damit verbundene Kompetenzunklarheiten und –überschneidungen unter den Ämtern und Amtsinhabern sowie verbreitete Korruption. Bei der Erlangung von Einreise-, Forschungs-, Einfuhr- und Ausfuhrgenehmigungen ist die Unterstützung durch einheimische Wissenschaftspartner, die über lokale Kenntnisse und wertvolle Kontakte bezüglich des Umgangs mit der für deutsche Augen undurchsichtigen Bürokratie verfügen, oft unverzichtbar. Solche außerwissenschaftliche Leistungen, die in manchen Ländern wochen- oder gar monatelange unentgeltliche Bemühungen seitens der Partner erfordern, werden oft nur informell honoriert, weil sie i.d.R. nicht in den Kostenplänen berücksichtigt werden. Das deutsche Fördersystem hält für solche, für den Projektbetrieb zentrale Leistungen eine Finanzierungsmöglichkeit bereit, indem lokale Koordinatoren unter Vertrag genommen werden können. Diese Möglichkeit scheint jedoch nicht durchgängig genutzt zu werden, da auch die Gutachter unterschiedlicher Meinung sein können über die Berechtigung von entsprechenden Finanzierungsanträgen.

Insbesondere bei größeren Forschungsprojekten hat sich gezeigt, dass politische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Akteure, z.B. Nichtregierungsorganisationen, im Forschungsgebiet die Arbeit erheblich behindern oder unterstützen können. Große ‚Projektklaven‘ erzeugen in der Bevölkerung eher Akzeptanzprobleme als gestreute Aktivitäten. I.d.R. werden die Interessen außerwissenschaftlicher Akteure in die Planung der Projektarbeit vor Ort jedoch höchstens punktuell integriert, da es an Ressourcen für nötige Bestandsaufnahmen, Öffentlichkeitsarbeit und/oder Bewusstsein bzgl. eines entsprechenden Handlungsbedarfes mangelt. Dies hat schon dazu geführt, dass Forschungsstandorte – mit erheblichen finanziellen und wissenschaftlichen Kosten - aufgegeben werden mussten.

3.2. Die Situation im „Norden“

Auf der Seite der deutschen Projekt- und Förderpraxis bestehen deutlich anders gelagerte Interessengefüge. Deutsche Wissenschaftler genießen eine relativ sichere ökonomische Lage und verfügen über eine vergleichsweise bessere Forschungsinfrastruktur. Sie sind nicht auf Auftragsforschung angewiesen und sind daher mit den verschiedenen Typen von Forschung, die ihre Kollegen im „Süden“ aus Diversifizierungsgründen betreiben, nicht vertraut.

Die Initiative für Forschungsvorhaben in Entwicklungsländern geht i.d.R. von deutschen oder anderen zu Industrieländern gehörenden Wissenschaftlern aus. Häufig werden ausländische Universitäten, Forschungsinstitute bzw. Wissenschaftler auf indirekten Druck der Forschungsgelder gewährenden Geberorganisationen in die Projekte aufgenommen. Es wird erwartet, dass die Antragsteller wenn nicht bereits Kooperationserfahrungen, so doch zumindest Kontakte im Land aufweisen können, die für das gemeinsame Vorhaben fruchtbar gemacht werden können. Diese Erwartung auf Seiten der Förderer ist wiederum dem Bemühen um die Gewährleistung der entwicklungspolitischen Relevanz der Forschungen in den Entwicklungsländern (DFG 2004), aber auch um den Anschluss an den internationalen Partnerschaftsdiskurs geschuldet, demzufolge allein von Wissenschaftlern aus den Industrieländern durchgeführte Entwicklungs- und Forschungsprojekte in den Ländern des „Südens“ nicht mehr als angemessen gelten (Maselli/Sottas 1996; Weltbank 1998; RAWOO 2001).

Die deutschen Forschungsförderorganisationen erwarten die institutionelle Einbettung der Forschungsvorhaben im Partnerland. Um dieses zu leisten, fehlt es den Wissenschaftlern

häufig an zeitlichem Vorlauf, finanziellen und/oder personellen Ressourcen aber auch an Interesse und Willen. An letzterem scheint es unter naturwissenschaftlichen Akteuren stärker zu mangeln als in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Um gegenüber den Gebern die (vorgebliche) Einbettung überzeugend zu gestalten, werden Listen mit ausländischen Akademikern, deren Instituten sowie Unterschriften unter "Memoranda of Understanding" o.ä. benötigt. Häufig werden erst im Zuge der Antragstellung diese oftmals eher symbolischen Kontakte hergestellt.

Der Erfüllung der Erwartung der Förderorganisationen steht jedoch oft ein Grundsatz deutscher Förderpolitik im Wege: die finanzielle Eigenleistung der „Partner“. Die Ko-Finanzierung (lokale Gehälter, laufende Kosten usw.) muss gesichert sein, sonst wird das beantragte Projekt nicht bewilligt. Dieser Grundsatz geht, wie aus dem Vorhergehenden deutlich wurde, an der Lebensrealität von Wissenschaftlern in den meisten Ländern des "Südens" vorbei.

Die Richtlinien der Förderorganisationen bzw. deren Interpretation scheinen sich zwar angesichts der gemachten Erfahrungen zu lockern. Doch bleibt die Kooperation in deutschen Projekten für die gefragten unter den ausländischen Wissenschaftlern vergleichsweise unattraktiv, weil auf Seiten deutscher Geberorganisationen im Prinzip damit gerechnet wird, dass man entweder unentgeltlich oder relativ schlecht honoriert für das Projekt Kooperations- und Betreuungszusagen macht, also Zeit und Energien aufbringt. Wo noch nicht einmal Werkverträge für die Partner gestattet sind, kann es von insbesondere hoch qualifizierten und international stark nachgefragten Partnern als eine Zumutung aufgefasst werden, unentgeltlich kostbare Zeit oder gar eigene Ressourcen mobilisieren zu sollen, um in deutschen Forschungsprojekten mitarbeiten zu können.

Aktuell dürfen zwar im Rahmen mancher Projekte – hier scheinen die Geber keine kohärente Politik zu verfolgen – zusätzlich zu den Reisekosten Honorare bzw. Werkverträge angeboten werden. Diese Angebote halten jedoch gegenüber der internationalen Konkurrenz oft nicht stand. Unter diesen Umständen ist die deutsche Seite des Projektes sogar erpressbar. Was diese getreu den jeweiligen Förderrichtlinien anzubieten hat, ist in manchen Zusammenhängen nicht genug.

Wie wirkt sich diese Situation auf den Projektalltag in Deutschland aus? Um mit den Honoraren anderer internationaler Organisationen mithalten oder Bürorenovierungen finanzieren zu können sind schon Mittel – manchmal in stiller Übereinkunft mit problembewussten Projektverantwortlichen der Förderungsorganisationen – zusätzlich zu den (vergleichsweise geringen) Tagegeldern informell zugunsten der Partner, 'umgewidmet' worden. Es ist vorgekommen, dass im Vorfeld „schwarze Gelder“ zugesagt werden mussten, damit etwa die Unterschrift unter das benötigte „Memorandum of Understanding“ erfolgte; häufig muss im Projektverlauf unter Aufbietung hoher Energie weiter geworben und verhandelt werden (die besonderen institutionellen Beschränkungen deutscher Förderer mühsam erklärt werden), um den Partner „bei der Stange“ zu halten – dabei sind persönliche oder gar freundschaftliche Beziehungen ein großer Vorteil –; oder es muss im Projektverlauf auf den ausländischen Projektbeitrag bis auf die partielle Präsenz in „partnerschaftlichen“ Workshops bzw. (Einkaufs-) Reisen nach Deutschland ganz verzichtet werden. In diesen Fällen werden die Antragsteller in das Dilemma geworfen, den Partnern gegenüber ein anderes Spiel zu spielen als den Förderorganisationen gegenüber. Bricht die „Partnerschaft“ zusammen, muss den Förderern gegenüber eine Fassade der Kooperation gepflegt werden, um sich für eine weitere Förderperiode zu qualifizieren. Für die deutsche Seite entsteht in solchen Konstellationen ein außerwissenschaftlicher, mit Risiken behafteter Druck, zumal wenn erforderliche ‚Abzweigungen‘ buchhalterisch nicht einmal offiziell als das ausgewiesen werden dürfen, was sie sind: angemessene Honorare für die „Partner“. Als wahrscheinliches und noch näher zu untersuchendes Resultat dieser institutionellen Zwänge muss die deutsche Seite sich in

Anbetracht der internationalen Konkurrenz um gute Wissenschaftler mit „zweiter Wahl“ begnügen, was wiederum durch das damit verbundene Qualifikationsgefälle die gemeinsame Arbeit belasten kann.

Die Ressourcen-Lücken können teilweise durch bestimmte Förderungskonstellationen gefüllt werden (z.B. die Kombination von Mitteln aus verschiedenen Programmen der DFG, des Bundesministerium für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und des BMBF), doch ist für ein solches „Basket Funding“ ein besonders hoher Akquisitions- und Verwaltungsaufwand erforderlich, der in den Projekten personelle Ressourcen für andere wichtige Aktivitäten bindet.

Gastwissenschaftleraufenthalte in Deutschland werden von verschiedenen Förderorganisationen bereitwillig finanziert. Sie können zur Herstellung oder Festigung echter Partnerkooperation genutzt werden, aber auch einen besonderen Problembereich bilden. Eine effektive Nutzung der räumlichen Nähe unter den Partnern erfordert auf der deutschen Seite intensive Betreuung und Kommunikation, für die im universitären Alltag oft einfach keine zeitlichen bzw. personellen Ressourcen bereit stehen. In vielen Fällen scheinen diese Aufenthalte eher die Funktion von Legitimationsbesuchen zu erhalten, somit weniger einen wissenschaftlichen als vielmehr einen sozialen bzw. ‚projektpolitischen‘ Ertrag zu bringen. Sie können auch, nach einem impliziten Konsens, durchaus als Bestechung der „Partner“ konzipiert werden, damit sie sich an der Pflege der Projektfassade, die für die Gutachter aufgebaut wird, beteiligen und die Projektaktivitäten im Gastland nicht boykottieren, selbst wenn sie mit dem Vorgehen eines deutschen „Partners“ unzufrieden sind. Auch solche Besuche ziehen in den beteiligten deutschen Instituten personelle Ressourcen ab: für eine angemessene Betreuung (bei den Streifzügen durch deutsche Kaufhäuser) müssen Hilfskräfte oder gar akademisches Personal abgestellt werden.

Ein allgemeines, die Zusammenarbeit erschwerendes Hindernis liegt darin, dass es oft mehrerer amtlicher Bewilligungen für Forschungstätigkeiten im In- und Ausland bedarf. Da deren Ausstellung aus verschiedenen Gründen viel länger dauern kann, als angenommen, können bei Projektplanung und -durchführung Zeit- und Terminprobleme mit nachteiligen Folgen entstehen (vgl. KFPE 1998). In schwereren Konflikten, die Universitäts- und Länderpartnerschaften betreffen, wäre manchmal eine internationale Rechtsberatung nötig. Diese überfordert jedoch häufig die Universitätsjuristen auf beiden Seiten.

In der Biodiversitätsforschung ist es häufig vorgekommen, dass in Ländern mit schwachen Kontrollen Proben zur Analyse in deutschen Labors ohne Genehmigung hinaus geschmuggelt wurden. Wenn solche Verstöße aufgedeckt wurden, konnte dies ganze Projekte gefährden. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (insbesondere deren führende botanische Gärten) gibt es in Deutschland bis jetzt keine Beratung bzw. Regulierung des entsprechenden Verhaltens von biologischen Forschern.¹¹

Eine professionelle Projektplanung und -durchführung wird in Deutschland von den Förderorganisationen zwar z.T. formal verlangt bzw. nahe gelegt. Ihre praktische Verankerung kann in der Praxis jedoch letztlich nicht sichergestellt oder überprüft werden. Es wird bei allen komplexeren Forschungsprojekten implizit davon ausgegangen, dass die die Projekte leitenden Professoren entsprechende Planungs- und Managementmethoden anwenden. Dies kann jedoch in Ermangelung entsprechender Ausbildungsinhalte im hiesigen akademischen Werdegang nicht voraus gesetzt werden. Es fehlt an deutschen Hochschulen generell an professionellem

¹¹ Die DFG hat im Jahr 2002 einen Arbeitskreis zur Unterstützung der biologischen Grundlagenforschung in Drittländern unter besonderer Berücksichtigung des gerechten Vorteilsausgleichs gegründet. U.a. sollen für Projektnehmer Informationen über internationale Regelungen im Bereich der *Convention on Biodiversity* bereit gestellt werden.

Selbstverwaltungsmanagement sowie an Organisations- und Verfahrenswissen unter den Professoren (Preißer 1994:169). In komplexeren Projekten ist das Management aufgrund der „vormodernen, ständisch-kollegialen Verfasstheit der Professorenschaft“ (Preißer 1994:154) nur bedingt an Geschäftsführer oder Koordinatoren delegierbar, die i.d.R. den Status von wissenschaftlichen Mitarbeitern haben. Diese sind für Steuerungsfunktionen nicht legitimiert und haben ihrerseits selten (interkulturelle) Managementausbildung erfahren (vgl. Fuest 2004:4,9-10). Das Forschungsmanagement leidet daher oft an mangelnder Professionalität. Verbreitet sind in internationalen Projekten die Vernachlässigung von Genauigkeit und Transparenz im Hinblick auf Zielsetzung, Arbeitspläne, Methoden, Mitteleinsatz, Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten.¹² Dies führt leicht zu Missverständnissen und gefährlichen Unstimmigkeiten (s. auch KFPE 1998).

Forschungsergebnisse, Informationen und Wissen aus verschiedenen Quellen laufen in wissenschaftlichen Instituten der Länder des „Nordens“ zusammen. Daher sind es vor allem die Partner hier, die Verantwortung tragen für die Veröffentlichung von Ergebnissen in internationalen Zeitschriften, Konferenzbänden und Büchern. Die Autorenschaft ist manchmal umstritten, da die Beteiligten aus dem Süden andere Kriterien zur Berechtigung der Nennung als Ko-Autor haben, die wissenschaftlichen Konventionen des „Nordens“ widersprechen.

Das Wissen, das durch die Forschungsprojekte gewonnen wird, insbesondere Dissertationen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen, wird nicht immer mit den politischen und wissenschaftlichen Akteuren und Institutionen des „Südens“ geteilt bzw. ist nur schwer für diese zugänglich. Sofern sie zugänglich sind, ist die Form, in der die Ergebnisse und Einsichten präsentiert werden, für außerwissenschaftliche „Endnutzer“ (Politiker, Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit) inakzeptabel. In den Forschungsprojekten wird normalerweise wenig Energie darauf verwendet, Informationen effektiv im Gastland zu verteilen. Insbesondere in den Naturwissenschaften haben Kooperationsprojekte häufig den Charakter eines Daten exportierenden Unternehmens.

Es sind i.d.R. Forschungsförderorganisationen und Universitäten des „Nordens“, die die Kooperationsprojekte finanzieren. Die projektinternen Abläufe sind stark von deren Richtlinien bestimmt. Die Politik der Forschungsförderorganisationen in Deutschland ist nicht einheitlich, wie auch die Politiken verschiedener Abteilungen innerhalb dieser Organisationen. Es scheint an politischem Willen, zumindest jedoch an Problembewusstsein bzgl. der Umsetzung tatsächlicher Forschungspartnerschaften zu fehlen. Bisher scheinen die Ansprüche bzgl. des Nachweises der Kooperation bzw. der Interkulturalität deutscher Projektpartner bescheiden zu sein. Das Desinteresse – oder die Naivität? – der Forschungsförderer implizit kritisierend, konstatiert der „Partner“ eines Sonderforschungsbereiches:

„Interkulturalität erweist sich nicht schon darin, dass Afrikaner in einem von Europäern konzipierten Forschungsprojekt einen Werkvertrag bekommen, hier als Mitarbeiter beschäftigt oder als Gast aus Afrika eingeladen werden“ (Foaleng 2003:35).

Veröffentlichte Forschungen über Entscheidungsprozesse innerhalb der Geberorganisationen einschließlich Ministerien des „Nordens“ sind bislang aus offensichtlichen Gründen rar (Zugangsprobleme in der Eliteforschung und persönliche Karriererisiken der Forschenden). Erste Befunde verweisen jedoch auf die prinzipielle Parallelität zu Entscheidungsprozessen in

¹² Was an deutschen wissenschaftlichen Instituten nur schwer umzusetzen ist, wird bemerkenswerterweise mit der Entwicklung von Universitäten des „Südens“ versucht. Das *University Staff Development Programme* der Universität Gesamthochschule Kassel hat mit Unterstützung des DAAD und der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) seit den 70er Jahren Angehörige von Universitäten des „Südens“ in problemorientierten und partizipativen Verfahren ausgebildet und dort die Management- und Teamkompetenz gefördert, s. <http://www.wiz.uni-kassel.de/isos/unistaff/>. S. auch Taylor/Fransmann (2003).

Bürokratien der Entwicklungsländer, insbesondere das Vorherrschen von Maßnahmen und Zielen, die kurzfristigen Erfolgen und politischen Partikularinteressen dienen (van Gastel 2004).

4. Forschungsprioritäten

Die Erkenntnis- und Verwertungsinteressen deutscher und ausländischer Wissenschaftsakteure weichen oft voneinander ab. Der Forschungsbedarf der Entwicklungsländer bzw. ihrer Universitäten wird überwiegend entwicklungspolitisch und unter praktischen Verwertungsgesichtspunkten definiert. Viele Universitäten in den Entwicklungsländern sind es gewohnt, Forschungsprioritäten zu setzen, die sich aus lokaler Logik und Sachzwängen ergeben, einschließlich der von Entwicklungshilfeorganisationen ausgeübten Einflüsse auf die Forschungspraxis – „targeted or strategic research“ (Shrum 1996:6-7, 26-29).

Deutsche Wissenschaftler sind einem globalen Konsens der herrschenden „scientific community“ über den Vorrang grundlagenwissenschaftlichen Arbeiten verpflichtet und aufgrund des Meritensystems an internationalem Renommée interessiert. Die Setzung von Forschungsprioritäten ergibt sich in Deutschland aus dem Druck, sich Themen an der „Forschungsfront“ der jeweiligen Disziplinen zuzuwenden. Diese Themen decken sich aber häufig nicht mit den Prioritäten der Gastländer. Die Divergenz der Interessen von Wissenschaftlern des „Nordens“ und des „Südens“ kann konkret bedeuten, dass erstere natürliche Gewässer bzw. ungestörte Insekten-Habitate und letztere verschmutzte Gewässer bzw. Habitate auf Nutzflächen unter dem Aspekt der Trinkwasserversorgung bzw. der biologischen Schädlingsbekämpfung als Gegenstand bevorzugen.

Die Diskrepanz zwischen den Erkenntnisinteressen von hiesigen Wissenschaftlern, die eine akademische Karriere planen, und dem Interesse an anwendungsorientierter Forschung unter Wissenschaftlern des „Südens“ erzeugt Spannungen, die in den betroffenen Disziplinen unterschiedlich stark sein kann. In den Politik-, Ingenieur-, Agrar- und Forstwissenschaften etwa ist die Akzeptanz anwendungsorientierter oder transdisziplinärer Forschung an deutschen Universitäten traditionell weitaus größer als etwa in der Ethnologie.

Die ausländischen Projektpartner werden meistens nicht an der Entwicklung der inhaltlichen Projektkonzeptionen beteiligt. Die lange Tradition und historisch begünstigte Entwicklung mitteleuropäischer Universitäten lassen es als selbstverständlich erscheinen, dass Universitäten, die unter dem für Entwicklungsländer charakteristischen Mangel an politischer und finanzieller Unterstützung zu leiden haben, vergleichsweise weniger leistungsstark sind. Es sind i.d.R. die Wissenschaftler des „Nordens“, die mit den neuesten Erkenntnissen und Methoden ihrer Disziplin vertraut sind, die sie in die „Partnerschaft“ einbringen. Unberücksichtigt bleibt jedoch, ob diese neuesten Erkenntnisse und Methoden auf Seiten des Partners als relevant erachtet werden, wenn aus dessen Sicht doch mit alten und bewährten Methoden Probleme gelöst werden könnten oder lokal angepasste Methoden entwickelt wurden, die an den internationalen „Forschungsfronten“ ignoriert werden.

Der paternalistische Diskurs des BMBF erinnert an die 50er und 60er Jahre, als man noch der Meinung war, durch die Mobilisierung von wissenschaftlich-technischen Ressourcen aus den Industrieländern schnelle Lösungen für die Probleme der Entwicklungsländer bereit stellen zu können:

„Deutschland kann mit seiner besonderen Kompetenz in Bildung und Forschung anderen Ländern in zentralen Handlungsfeldern helfen: hinsichtlich des Umweltschutzes, hinsichtlich wirtschaftlich effizienter Umweltschutz-Technologien und -produkte und

hinsichtlich der sozialen Prozesse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ (BMBF 2002:2).

Er reflektiert und begünstigt gleichzeitig die Dominanz (und leider manchmal auch Arroganz) der deutschen „Partner“. Fähigkeiten der „südlichen“ Partner werden tendenziell nur unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit für die (grundlagenwissenschaftlichen) Interessen des deutschen Partners berücksichtigt. Andere Fähigkeiten und Wissensbereiche, insbesondere diejenigen über Forschungskontexte, lokales Wissen oder Anwendbarkeit von Ergebnissen, werden vielfach ignoriert oder entwertet: „Wenn sich selbstbewusste afrikanische Intellektuelle den Luxus praktisch irrelevanter Ausführungen nicht gönnen wollen, wird ihnen vorgeworfen, ‚zu kurz zu greifen‘“ (Foaleng 2003:34).

Insbesondere Naturwissenschaftler neigen dazu, ihre Projekte nach eigenem Ermessen und ohne Einbeziehung von Sichtweisen der Partner zu konzeptionieren. Im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften gibt es in vielen Gastländern Wissenschaftler, die auch in der Grundlagenforschung über wertvolles (komplementäres) Wissen verfügen. Deshalb gibt es unter deutschen Wissenschaftlern dieser Provenienz tendenziell eine stärkere Bereitschaft und ein stärkeres Interesse daran, diese Wissenschaftler an der Projektkonzeptionierung zu beteiligen. Die Möglichkeit der problemorientierten bzw. (partizipativen) Aktionsforschung wird jedoch auch von Sozialwissenschaftlern selten genutzt, die durch Feldforschung aufgrund ihrer direkten Interaktion mit lokaler Bevölkerung mit deren Problemen und Perspektiven konfrontiert werden, weil ein entsprechendes Engagement im heimischen Wissenschaftssystem keine Anerkennung fände.

Forschungsprioritäten werden nicht nur von herrschenden Wissenschaftsideologien sondern auch von institutionellen Beschränkungen der Geberorganisationen beeinflusst. Mit Ausnahme der Volkswagenstiftung (Volkswagenstiftung 2004) gestatten die Richtlinien der Forschungsförderorganisationen keine Antragstellung durch ausländische Akademiker. Wo der Wille besteht, ausländische Partner von Anbeginn in die Projektkonzeptionierung einzubinden, kann, wie im Falle von Ausschreibungen des BMBF, ein Hindernis für deren Beteiligung in kurzen Fristen zwischen den Terminen der Ausschreibung und Antragseinreichung liegen. Es besteht dann einfach nicht genügend Zeit für gründliche Abstimmungen, auch dort, wo sie eigentlich von beiden Seiten erwünscht wären. Diese Situation wird dann u.U. noch erschwert durch die Auflage der Förderorganisationen, Anträge ganz (BMBF) bzw. teilweise (DFG) in deutscher Sprache einzureichen. Nach der Bewilligung werden dann manchmal Forschungsthemen und -design an das Wissen und die Interessen des Partners angepasst bzw. dessen Interessen können ggf. erst in einer weiteren Förderphase berücksichtigt werden, wenn es eine solche Phase gibt.

Gegenüber der DFG und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die ein gemeinsames Programm zur Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern in Entwicklungsländern entwickelt haben und die „Förderung der Forschungskapazität und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit“ in den Vordergrund stellen (DFG 2004), verfolgt das BMBF eine Förderpolitik, die eher auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit der von ihm geförderten Maßnahmen abzielt:

„Es ist im deutschen Interesse, in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit systematisch auf eine besonders enge Kooperation mit wissenschaftlich starken und wirtschaftlich zukunftsfähigen Partnern in der Welt hinzuarbeiten. Wir sind dabei, diese Zusammenarbeit gezielt darauf auszurichten, Kompetenzgewinne für die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft zu erzielen und dazu Austausch, Kooperation und Netzwerkbildung mit den besten Partnern in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in Europa und weltweit zu ermöglichen“ (BMBF 2002:12).

Nach dieser Logik fallen viele, nämlich die ärmsten, Entwicklungsländer als lohnende Forschungsstandorte aus. Die Logik widerspricht innerhalb Deutschlands derjenigen des BMZ und auch der mittlerweile international akzeptierter Forschungsförderungspolitik (Gaillard 1994; International Foundation for Science 2004; Maselli/Sottas 1996; SIDA 1999).

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Wissenschaftler des "Südens" angesichts des uneingeschränkten Leitbildes der grundlagenwissenschaftlichen Forschung sowie der internationalen Verschränkung wissenschaftlicher Bildungs- Verwertungsmärkte zunehmend auch grundlagenwissenschaftlich orientierten Vorhaben zuwenden, wo sie durch ausländische Förderung die Möglichkeit erhalten. Doch viel stärker als in den Entwicklungsländern lässt sich in Industrieländern wissenschaftliche Reputation, die eigentliche „Währung“ der Wissenschaft, in den meisten Disziplinen weder mit anwendungsorientierter noch mit interdisziplinärer Forschung gewinnen (Becher 1989). Das hat in Deutschland zu belastenden Situationen geführt, wo Wissenschaftlern ein ‚Spagat‘ zwischen grundlagenwissenschaftlich ausgerichteten Forschungsanliegen und den Anforderungen selbstbewusster ausländischer Projektpartner bzgl. entwicklungspolitischer Relevanz der Themensetzung gelingen musste. Die an Interessen des „Südens“ orientierte Problem- und Praxisorientierung von Projektanträgen hat schon zu deren Ablehnung geführt. Der Konservatismus vieler Gutachter bildet ein Problem, das mittlerweile in den international agierenden Teilen von BMBF und DFG reflektiert wird.

In Entwicklungsländern durchgeführte Projekte beanspruchen zwar rhetorisch, zukünftig zur Lösung nationaler oder gar globaler Probleme (wie z.B. im Falle der Klimaforschung) beizutragen, da schließlich den Politikern durch vermehrten Erkenntnisgewinn über ökologische und/oder sozioökonomische Zusammenhänge Entscheidungshilfen geliefert würden (insbesondere vermittelt sog. „Decision Support Systems“). Die Bereitstellung von solchen Entscheidungshilfen ist jedoch i.d.R. nicht operationalisiert, weshalb viele Partner des „Südens“ Zweifel am Sinn solcher Forschungsprojekte hegen. Ferner werden die Einflussmöglichkeiten wissenschaftlicher Einsichten für gesellschaftlichen Wandel auf nationalem Niveau einfach überschätzt. Angesichts eines in Entwicklungsländern besonders stark verbreiteten Mangels an Rechenschaftspflicht von Machteliten gegenüber Mehrheiten in der Bevölkerung ist zu bedenken, dass Politikentscheidungen nicht primär aufgrund einer mangelnden (wissenschaftlichen) Informationsbasis fragwürdig sind sondern aufgrund kurzfristiger „kleptokratischer“¹³ Interessen ihrer Eliten. Von solchen Strukturen ist auch der Wissenschaftssektor nicht frei. Eine transdisziplinäre Umsetzung von Forschungsergebnissen würde besondere Herangehensweisen erfordern, die eine Analyse der dortigen Wissenschaftssysteme und entsprechenden Politikfelder beinhaltet. Dieses ist in der deutschen Förderpolitik und Projektpraxis jedoch nicht vorgesehen. Somit dient die Zweckmäßighkeitsrhetorik internationaler Forschungsprojekte derzeit vor allem der Legitimation ihrer Existenz.

Stärkere Forschungspartner des „Südens“ fordern nicht nur ihre Beteiligung an der Projektkonzeptionierung sondern auch die Orientierung an entwicklungspolitisch relevanten Themen, je nach Hintergrund manchmal auch unter Einbeziehung der von den zu lösenden Problemen betroffenen Bevölkerung. Das bedeutet, die Forschung soll transdisziplinär und nachfragerorientiert – „partizipativ“ - geplant werden. „Demand-oriented research, or more specifically, needs-oriented research attempts to deal with real-life problems that are perceived as soluble with the help of research“ (RAWOO 2001:7). Auf solche Anforderungen sind deutsche Wissenschaftspartner nicht vorbereitet.

¹³ *Kleptokratie* bezeichnet eine Herrschaftsform, bei der willkürliche Verfügungsgewalt über Besitz und Einkünfte der Beherrschten besteht und private Bereicherung auf deren Kosten verbreitet ist.

Aber auch die Partner des „Südens“ sind nicht zwangsläufig an Aktionsforschung zugunsten ungebildeter lokaler Akteure interessiert. Als Angehörige der nationalen Eliten, zumal nach einem Studium in einem Industrieland, haben sie Interessen und Leitbilder entwickelt, die sich von denen der breiten Bevölkerungsmehrheit in ihren Ländern unterscheiden.

„(Developing countries) often wish to practice research in the spheres of high technology, while it would be more beneficial for them to be provided with items and solutions which are robust, solid, simple and easy to handle. ... Yet the blame should not only be put on the demanding client in Africa or Asia, but also on the business-minded supplier in Europe or the USA, who has a commercial interest in selling sophisticated solutions“ (Maselli/Sottas 1996:109).

In Deutschland befassen sich mit partizipativer bzw. Aktionsforschung nicht der Wissenschaftsbetrieb sondern die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Nichtregierungsorganisationen (NROs). Auch internationale und lokale NROs widmen einen beträchtlichen Teil ihrer Ressourcen der Forschung über spezifische Entwicklungsprobleme (Shrum 1996), einem Sektor, der weitgehend von der etablierten Wissenschaft ignoriert wird, weil er sich mit lokal relevanten Themen befasst. Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit werden, abgesehen vom DFG-BMZ-Programm (DFG 2004) nach wie vor als voneinander abgegrenzte Bereiche aufgefasst. Auch ist der Stellenwert lokalen Wissens in den etablierten Wissenschaften ungeachtet einer Zunahme des Interesses an diesem Feld in der 80er und 90er Jahren (Evers/Gerke 2003) nach wie vor gering.

Die verbreitete Nicht-Beteiligung von Wissenschaftlern aus/in den Gastländern am "Agenda-Setting" in deutschen Projekten, das Ignorieren des aus dortiger Sicht bestehenden Forschungsbedarfs wird zwar von den Betroffenen kritisiert – in manchen kulturellen Kontexten nur unterschwellig –, doch fehlen ihnen aufgrund der gegebenen Machtverteilung oft die Mittel um ihre Sichtweisen effektiv einzubringen. (Selbstverständlich gibt es Ausnahmen an den ‚starken‘ Universitäten des Länderspektrums, die unpassenden Kooperationspartnern aus dem ‚Norden‘ die Tür weisen können.) Es wird erwartet, dass die Kollegen aus den Entwicklungsländern sich mit der Position des ‚Juniorpartners‘ oder gar der Hilfskraft des überlegenen deutschen Kollegen abzufinden. Verbreitet ist die Zuweisung einer Rolle, die darin besteht, über ökologische wie auch soziale Phänomene des „Südens“ für die Wissenschaftler des „Nordens“ Daten zu sammeln. Dies wiederum kann ehrverletzend wirken und hat zum Aushöhlen des Kooperationsvorhabens und sogar zu Kooperationsverweigerungen geführt. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass sich manchmal insbesondere im Hinblick auf afrikanische Partner nach wie vor rassistische bzw. kulturelle Vorurteile mit den Bewertungen der wissenschaftlichen Unterlegenheit mischen.¹⁴

Wo partnerschaftliches Arbeiten ernst genommen wird, müssen allein schon aus sprachlichen Gründen besondere Mühen aufgewendet werden, um die Partner aus Entwicklungsländern an der Projektkonzeptionierung zu beteiligen. Diese sind häufig nicht dazu in der Lage, eigenständig Anträge oder Antragsbeiträge zu verfassen, die den formalen bzw. inhaltlichen Kriterien einer Begutachtung auf deutscher Seite standhalten würden. Der Kommunikationsaufwand ist jedenfalls hoch, was an die Partner auf deutscher Seite besondere Anforderungen stellt, die sie nicht immer erfüllen können oder wollen.

¹⁴ S. dazu Foalengs Erfahrungen im Hamburger Afrika-SFB (Foaleng 2003).

5. Kapazitätsaufbau

Der Aufbau wissenschaftlicher Kapazität in den Entwicklungsländern wird allgemein als Voraussetzung für ihre Teilhabe an der globalen Wissens- und Informationsgesellschaft und speziell für den Ausbau der internationalen Forschungs Kooperation gesehen (Weltbank 1998). Nicht nur tertiäre Bildung allgemein, sondern Forschungskapazität im besonderen sollen einen wichtigen Teil der Wissenssysteme in den Entwicklungsländern bilden, damit sie an internationalen Projekten teilhaben und eigene Probleme analysieren können. Auch deutsche Förderprogramme, insbesondere die des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, zielen darauf ab, in den Ländern des "Südens" leistungsfähige Bildungssysteme und wettbewerbsfähige Hochschulen aufzubauen. Dies wird als unerlässlicher Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und Demokratisierung in jenen Ländern sowie neuerdings zur Erreichung der Millennium Development Goals erachtet (Saint 2004; Stather 2004). Hinzu kommt, dass deutsche Universitäten, die im Wettbewerb um Mittelvergabe nach Exzellenz streben, zunehmend um Internationalität bemüht sind. Dabei bilden Anteil ausländischer Studierender und internationale Partnerschaften wichtige Kriterien.

Die Forschungsförderorganisationen grenzen sich gemäß ihrer Richtlinien von den Entwicklungsinstitutionen, insbesondere dem BMZ, dahin gehend ab, dass sie den Kapazitätsaufbau unter Partnerwissenschaftlern nicht finanzieren dürfen bzw. wollen und dass dafür Mittel, wenn schon nicht aus Eigenmitteln der Partnerländer so doch aus anderen Ressorts mobilisiert werden müssten. Die Ausbildung ausländischer Nachwuchswissenschaftler wird in manchen dieser internationalen Projekte vom DAAD oder anderen Stipendienprogrammen finanziert. DFG und BMZ haben zwar ein gemeinsames Programm zur Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern in Entwicklungsländern entwickelt und die „Förderung der Forschungskapazität und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit“ in den Vordergrund gestellt (DFG 2004). Doch bestehen in vielen Fällen weiterhin Lücken, da aus den oben genannten Gründen keine gut qualifizierte Kollegen aus den Gastländern zur Verfügung stehen und dabei ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten fehlen, um aus wissenschaftlicher Sicht gleichwertige Partner gewinnen zu können. In diesem Zusammenhang wurde bemängelt, dass es in Deutschland im Gegensatz zu einigen Nachbarländern keine Forschungsinstitute gibt, an denen etwa afrikanische Wissenschaftler längere Zeit forschen können (Tetzlaff 2003).

Wohlwollende Patronage gegenüber Qualifikanden aus Entwicklungsländern bildet oftmals eine Voraussetzung für akademische Abschlüsse an deutschen Universitäten. Es gibt Beispiele für hohen persönlichen Einsatz auf Seiten deutscher Wissenschaftler für die (Weiter-) Qualifizierung ihrer akademischen Zöglinge bzw. von Partnerwissenschaftlern aus Entwicklungsländern. Außer dem eigenen (karriereorientierten) Wunsch, möglichst viele erfolgreich Graduierungen vorweisen zu können, bedingen auch persönliche Sympathie und Freundschaften die Bereitschaft zu manchmal nächtelange (gemeinsamen) Überarbeitungen von Rohfassungen von Diplom- oder Doktorarbeiten, Aufsätzen oder wichtigen Vorträgen (hier sind eher wissenschaftliche Mitarbeiter als Professoren die tragenden Akteure). Nach Ansicht vieler Beteiligten werden nicht selten ausländische Kandidaten, die eigentlich nicht den Anforderungen deutscher Hochschulen genügen, unter erheblichem Aufwand „mit durchgezogen“.

Es liegt jedoch auch in der Logik des durch strukturellen Personalmangel stark eingeschränkten deutschen Wissenschaftsbetriebs, dass die projektbegleitende Ausbildung und Betreuung von ausländischen Nachwuchswissenschaftlern im Rahmen internationaler Forschungsprojekte oftmals einfach nur als lästig empfunden wird. Sie kann aufgrund ungenügender Voraussetzungen der Kandidaten besonders viel Arbeit bereiten und hat daher –

zu Lasten der Stipendiaten - eine eher nachgeordnete Bedeutung. Die Ausbildung über Stipendienprogramme des DAAD an deutschen Hochschulen ist gut gemeint, ihre Bedingungen sind jedoch z.T. kontraproduktiv: Die Altersbeschränkungen passen nicht zu den Biographien der Qualifikanden in Entwicklungsländern, wo späte Schul- und Studienabschlüsse die Regel sind. Ferner gibt es mittlerweile genügend empirische Erfahrungen, die bestätigen, dass die Dauer von drei Jahren für eine Promotion zu kurz bemessen ist – und dies nicht nur in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Ungeachtet bedingter Möglichkeiten, die Frist um einige Monate zu verlängern, führt diese Beschränkung zu verzweifelten Improvisationen seitens der Institute bzw. der Betroffenen, um die Promotion doch noch abzuschließen - oder eben zu verlustreichen Abbrüchen.

Es besteht zwar unter gut qualifizierten potenziellen Partnern des „Südens“ ein großes Interesse am Einschlagen neuer Wege in der Kooperation mit deutschen Partnern, doch stellen sie sich die Frage der relativen langfristigen Vor- und Nachteile (Sprache, Einreisekriterien, usw.). Es besteht die Gefahr, dass deutsche Universitäten allein schon aus sprachlichen Gründen mit der Konkurrenz von Universitäten aus den anglo- oder frankophonen Ländern oder Skandinavien nicht mithalten können (s. auch Ludermann & Tetzlaff 2003), was wiederum dazu führen könnte, dass sich bei uns bewirbt, wer woanders abgelehnt wurde, und dass sich die erstklassigen Kräfte von Anbeginn nicht in die Richtung Deutschlands wenden.

Viele Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer schwierigen Arbeitsmarktbedingungen für Wissenschaftler akut vom "Brain Drain" betroffen. Grundsätzlich ist der im Rahmen von Forschungsprojekten praktizierte Kapazitätsaufbau ohne gleichzeitige Reform des Hochschulwesens und der Beschäftigungsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern mit dem Risiko verbunden, dass lediglich weitere wissenschaftlich qualifizierte Personen auf die Emigration vorbereitet werden. Dies spiegelt etwa Ghawamis (2003:27) Forderung nach dem Ausbau von Reintegrationshilfen nach einer Ausbildung an deutschen Universitäten wider.

Insbesondere in Industrieländern ausgebildete Wissenschaftler des „Südens“ bringen ein gewisses wissenschaftliches Entfremdungsrisiko in sich. Wissenschaftler, die sich etwa an deutschen Universitäten qualifizieren, arbeiten vielfach über Themen, die Themen des „Nordens“ sind. Sie mögen zwar, sofern sie zu denjenigen gehören, die überhaupt in ihre Herkunftsländer zurückkehren, Stellen im dortigen Wissenschaftssystem bekommen. Wo es andere Themen und/oder keine grundlagenwissenschaftlichen Kontexte gibt, sind sie nicht ausreichend für den Forschungsbedarf des „Südens“ insbesondere im Hinblick auf transdisziplinäre oder gar partizipative Anforderungen qualifiziert. Sie sind eher auf die Art von Forschung eingestellt, die eine Art „Anschlussförderung“ für internationale Wissensmärkte im Rahmen der etablierten Grundlagenforschung darstellt.

Die Praxis zeigt, dass auch deutsche Professoren und Mitarbeiter im internationalen Kontext der Forschungsk Kooperation lernbedürftig sind. Es gibt erhebliche Erfahrungs- und Wissenslücken, insbesondere im Hinblick auf die Kontexte ihrer Forschungsprojekte. Die Lernprozesse sind jedoch zufällig und hängen stark von der persönlichen Offenheit von Einzelpersonen ab. Die Möglichkeit eines Bedarfs an gesteuertem Kapazitätsaufbau „nördlicher“ Akteure durch qualifizierte Akteure des „Südens“ wird nicht bedacht. Es herrscht das Modell des Wissenstransfers aus dem „Norden“ in den „Süden“ sowohl bzgl. wissenschaftlicher Inhalte und Methoden als auch der Kommunikationskultur. Somit überrascht auch nicht, dass, abgesehen von Vertretern der sog. angepassten Technologie, plausible „Süd-Süd“-Transferprozesse kaum gefördert werden.

6. Interkulturelle Probleme

Interkulturelle Verständnisprobleme und das Ignorieren von lokalen Kontexten, in denen sich Forschungskooperation vollziehen soll, können zu Blockaden führen, die die Zusammenarbeit erheblich erschweren und letztlich erhöhten Einsatz von Forschungsgeldern mit sich bringen.

Zwischen Partnern aus Industrie- und Entwicklungsländern bestehen oft unterschiedliche Erwartungen und implizite Auffassungen über die angemessene Verwendung von Ressourcen, zu erwartende Fähigkeiten auf Seiten des Partners, Verantwortung für Abhängige in der akademischen Hierarchie, kommunikative Erfordernisse und entsprechende Prioritätensetzungen. In der Kommunikation werden Begriffe verwendet, über die aufgrund der Vielfalt sozialer Kontexte, Bedeutungen und Analyseebenen bei ungenügender Klärung Verwirrung entstehen kann. Auch können sich kulturelle Bedeutungen von akademischen Graduierungsprozessen und Traditionen des Umgangs mit Wissen voneinander unterscheiden.¹⁵

Interkulturell begründete Dissonanzen können dadurch entstehen, dass je nach Kontext die Partner des Gastlandes über anders begründete zeitliche Spielräume aufgrund vielseitiger soziokultureller Verpflichtungen verfügen (z.B. häufige mehrtägige Beerdigungsfeiern, Gebetszeiten und bewegliche Feiertage in islamischen Ländern) oder äußerst großer Wert auf Statussymbole gelegt wird. Entsprechende Praktiken oder auch Geschenk-Erwartungen widersprechen dem nicht nur in Deutschland verbreiteten protestantischen Gebot der Sparsamkeit zumal unter Bedingungen der allgemeinen Einsparungen im Wissenschaftssektor, sondern auch dem idealistischen Bild des okzidentalen unbestechlichen Wissenschaftlers, der schließlich allein der Suche nach der objektiven Wahrheit verpflichtet sei.

Mechanismen der Patronage in akademischen Systemen des „Südens“ können zu Erpressungsversuchen führen und bei deutschen Partnern erhebliche Irritationen erzeugen. Projekte können vor die Wahl gestellt werden, entweder Mittel für die strategische Finanzierung von fachlich ungeeigneten Personen bereit zu stellen, die forschungspolitisch unverzichtbare Partner-Autoritäten im Projekt „unterbringen“ wollen, oder das Projekt unter erschwerten und unkalkulierbaren Bedingungen weiter zu führen.

Die Auswahl und Rangfolge von Rednern bzw. Teilnehmern für durch deutsche Fördergelder finanzierte Seminare, Tagungen und Workshops hat zu Missverständnissen geführt, weil auf Seiten der Partner v.a. den sozialen Status berücksichtigende Kriterien Vorrang haben vor Leistungskriterien auf der deutschen Seite. Insbesondere in südostasiatischen Ländern kann ein Faux-pas bzgl. der Rangfolge der Einladungen zum Abbruch der Veranstaltung führen.

Verhaltensnormen bezogen auf gebildeten Status können sich stark voneinander unterscheiden. Rollenerwartungen, die mit dem sozialen Status von Wissenschaftlern im Gastland einhergehen, können Einfluss auf die Ressourcen und Methoden haben, die zur Erfüllung des Projektziels eingesetzt werden können. In vielen Entwicklungsländern ist es verpönt, wenn gebildete Personen sich schmutzig machen. Es kann daher schwierig sein, in den Gastländern Studierende zu finden, die zu Forschungsarbeiten im Feld bereit sind. Vielen deutschen Kollegen sind die typischen Missverständnisse bekannt, die bei gemeinsamen Exkursionen aufkommen: Während sie selbst sich mit Wanderschuhen, Rucksack, Feldflasche und zweckmäßiger Kleidung auf einen naturnahen Ausflug freuen (besonders nach bewegungsarmen Tagungen), finden ihre

¹⁵ So ist z.B. vom "Fetischcharakter" von Diplomen die Rede (Bierschenk/Wieschiolek 2002), und die esoterische Verwendung von "Elite-Wissen", das nicht einfach frei geteilt wird, wurde auch bezogen auf das formale Bildungswesen in Westafrika dokumentiert (Fuest 1999).

Partner sich in feiner Kleidung und polierten Schuhen ein und erwarten höchstens kurze Augenblicke des Aufenthaltes außerhalb der Fahrzeuge.

Missstimmungen können umgekehrt entstehen, z.B. wenn deutsche Professoren in ungebügelten Hemden und mit „Birkenstocksandalen“ bei Konferenzen auftreten, wo die einheimische Etikette von etablierten Wissenschaftlern fordert, im Kostüm bzw. in Anzug mit Krawatte zu erscheinen. Nachlässige Kleidung kann als mangelnder Respekt für die eigenen kulturellen Werte und den eigenen sozialen Status ausgelegt werden. Auch können unterlassene Höflichkeitsbesuche sowie direkte Kritik des „südlichen“ Partners bei Nicht-Einhaltung von Plänen oder Nicht-Erfüllung von Aufgaben äußerst ehrverletzend wirken.

Einerseits können Fähigkeiten, die in Deutschland als normal gelten, nicht überall vorausgesetzt werden. Z.B. können Hydrologen aus Ländern des „Südens“ häufig nicht schwimmen und sind daher für bestimmte Erhebungsverfahren einfach nicht einsetzbar. Andererseits werden umfassendes Wissen und Fähigkeiten unterschätzt bzw. nicht wahrgenommen, was die Würde der Partner herabsetzt:

„... you are believed to be incapable. Some people from the North who come to the South have the attitude, 'These people are not capable so we have come to teach them'. Some of us get a bit rebellious when we come up against this mentality“ (Gyapong 2001:21).

Die starke Belastung deutscher Wissenschaftler durch vielfältige Anforderungen in Forschung, Gremienarbeit, Lehre, Verwaltung usw. lässt oft wenig Zeit für die notwendige Arbeit in den Gastländern, einschließlich der Pflege persönlicher Kontakte und der wissenschaftliche Kommunikation mit den Partnern. Es kommt daher vor, dass Studierende oder sogar Hilfskräfte entsandt werden, um wichtige Projektaufgaben zu erfüllen. Ein derartiges Delegieren kann nicht nur eine Überforderung der eingesetzten Kräfte bedeuten, sie kann auch insbesondere ranghohe Projektpartner brüskieren.

Frustration entsteht, wenn Gastwissenschaftler in Deutschland sozial und auch professionell nicht ausreichend betreut werden, z.B. wenn sie in Ermangelung von Aufmerksamkeit oder Personal des verantwortlichen Instituts vernachlässigt werden.¹⁶ – Es scheint keine seltene Ausnahme zu sein, dass sich der professorale deutsche „Partner“ oder auch, je nach Zuständigkeit dessen Mitarbeiter, auf Dienstreise befindet, während sein Gast einsam und enttäuscht an seinem Institut weilt. Der Gastgeber geht dabei – oft etwas herablassend - davon aus, dass die Finanzierung der Reise ins reiche Deutschland und die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes ausreichen müsste, den Partner zufrieden zu stellen. Die soziale Dimension der Kooperation wird in solchen Situationen stark unterschätzt, und besonders ‚starke‘ Partner aus dem „Süden“ verweigern im Anschluss an solche Erfahrungen mitunter mehr oder weniger subtil die weitere Zusammenarbeit.

An dieser Stelle ist auch auf eine insbesondere unter Naturwissenschaftlern verbreitete Tendenz hinzuweisen, auf eine kulturelle bzw. sprachliche Vorbereitung für ihr Gastland weitgehend zu verzichten, zumal sie von den Förderorganisationen nicht erwartet wird. Abgesehen von banalen Verständigungsschwierigkeiten mit ansässigen Personen in der Feldforschung können kulturelle Grenzen verletzt werden, was zu lokalen Kooperationsboykotten, Sabotage an Messinstrumenten bis hin zu Ausgrenzungen aus Projektgebieten geführt hat. Die Schlichtung solcher Konflikte, deren Vorkommen in den Berichten an die Förderorganisationen selbstverständlich nicht oder in ‚uminterpretierter‘ Fassung erwähnt werden, können nicht nur die deutschen Forscher sondern vor allem auch die ausländischen Partner viel Zeit (und Geld) kosten.

¹⁶ Dieses gilt besonders an manchen Standorten in den neuen Bundesländern, wo Ausländer in der Öffentlichkeit häufiger diskriminiert oder bedroht werden als in den alten.

Unterschiedliche Auffassungen über den Stellenwert von in Projekten verwendeten Kommunikationsmedien bilden einen weiteren Problemkreis. Die Kommunikation über das Internet z.B. wird unterschiedlich eingesetzt und bewertet. In vielen Kommunikationskulturen gelten persönliche Gespräche als einzig geeignetes Medium zur Verständigung über wichtige Entscheidungen - in den Worten eines afrikanischen Kollegen: „Emails are efficient, but they are not effective“. Wo deutsche Projektpartner nicht die erforderliche Flexibilität oder Bereitschaft für persönliche Treffen oder zumindest Telefonate aufbringen, können unangenehme Missverständnisse die Folge sein.

Kulturelle Grenzüberschreitungen werden aufgrund der gegebenen Machtverhältnisse in den Projekten den deutschen Partnern nicht immer bewusst, zumal wenn sie als „Patrone“ (etwa als ehemaliger Doktorvater) definiert und von ihren lokalen „Schützlingen“ (ehemaliger Promovend) durch persönlichen Einsatz vor Ausgrenzungs- oder Boykottreaktionen seitens Dritter bewahrt werden. Manchmal versuchen Koordinatorenteams, die deutsche Seite auf die fremde Kultur vorzubereiten, sind damit aber aufgrund mangelnder Legitimität, Beratungs- oder Weisungsbefugnisse i.d.R. überfordert.

7. Programme und Erfahrungen anderer Länder

Außerhalb Deutschlands gibt es z. T. bereits seit Jahrzehnten (in Kanada seit 1970, in Schweden seit 1975) nationale Förderorganisationen und -programme, die dezidiert der problem- und anwendungsorientierten Entwicklungsforschung dienen und das Management der Schnittstelle zwischen Forschung und Entwicklungszusammenarbeit zur Aufgabe haben (Gaillard 1994; Hovland 2003). Hier sollen Aspekte einiger dieser Organisationen erwähnt werden, die im Vergleich zur vorherrschenden deutschen Programmatik und Praxis als besonders interessant erscheinen.¹⁷

Das kanadische International Development Research Center (IDRC) legt besonderen Wert auf die Förderung nachfrageorientierter Forschung und das „empowerment“ von Forschern aus Entwicklungsländern. Es gewährt Forschungspartnern in Entwicklungsländern Autonomie bei der Bestimmung von Forschungsinhalten. Um der möglichen Dominanz kanadischer Projektpartner etwas entgegenzusetzen, werden nur Anträge angenommen, die aus den Entwicklungsländern stammen. Kanadische Kompetenz wird jedoch als notwendiger Bestandteil der Projekte erachtet (Gaillard 1994). Das IDRC fördert die Vernetzung von Forschern untereinander und mit Nutzern der Forschungen. Es kooperiert mit führenden internationalen (nach aktuellem Kenntnisstand jedoch nicht mit deutschen) Geberorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit.¹⁸

Die schwedische Agentur für Forschungskooperation mit Entwicklungsländern (SAREC), fördert vor allem die Stärkung von Forschungskapazität. Allerdings wurde die Fortdauer der Dominanz schwedischer Wissenschaftler in deren Projekten bereits zu Beginn der 90er Jahre als negativ evaluiert. Seit 1995 bildet SAREC eine eigene Abteilung für Forschungskooperation der Swedish International Development Agency (SIDA). Es bestehen umfassende Erfahrungen mit der Förderung von regionalen „Süd-Süd“-Vernetzungen unter Wissenschaftlern. SAREC weist zudem eine besondere Betonung der Sozialwissenschaften auf (Gaillard 1994; SIDA 1999, 2004).

¹⁷ Die Erfahrungen des von der Europäischen Union geförderten Research-for-Development-Programms (INCODEV), der U.S.-amerikanischen *Ford Foundation* und *Rockefeller Foundation*, des französischen *Institut de Recherche pour le Développement* (ehemals OSTROM) sowie entsprechende Organisationen anderer Länder werden hier aus Kapazitätsgründen nicht berücksichtigt.

¹⁸ siehe http://web.idrc.ca/en/ev-64199-201-1-DO_TOPIC.html

Der Niederländische Rat für Entwicklungshilfeforschung (RAWOO) gesteht – zumindest rhetorisch - den Partnern des „Südens“ eine weit gehende Autonomie zu:

„A genuine willingness to exchange knowledge on an equal basis is indispensable for a good partnership. If solving development problems is one of the main reasons for the partnership, the Southern partner absolutely must play an autonomous role in shaping the partnership. This may have to include the Southern partner being free to choose its research partners from the North, and perhaps even being free to decide whether or not to cooperate with Northern researchers. The Southern partner's autonomy definitely has to include the right to decide which type of expertise it wants from the Northern partner, in which quantity, and at which level: junior or senior“ (RAWOO 2001:25-26).

Die Collaborative Research Support Programs (CRSPs) der Vereinigten Staaten haben auf im „Norden“ definierte landwirtschaftliche Themen abgezielt. Ihre Projekte vollzogen sich in enger Zusammenarbeit mit der United States Agency for International Development (U.S.A.I.D.) und wurden in den ärmsten Entwicklungsländern implementiert. Dabei entstand das Problem, dass diese Länder wenige oder keine Wissenschaftler aufwiesen, mit denen die amerikanischen Wissenschaftler zusammen arbeiten konnten. Ein weiteres amerikanisches Programm, Program in Scientific and Technological Cooperation (PSTC) gewährt Wissenschaftlern in Entwicklungsländern Forschungsstipendien aus Entwicklungshilfefonds. Zusammenarbeit mit amerikanischen Wissenschaftlern war nicht unbedingt erforderlich, aber es musste eine starke Beteiligung von armen Entwicklungsländern (Least Developed Countries) gewährleistet sein. Hier ergaben sich Kollaborationen zwischen Ländern mittleren Einkommens wie Argentinien, Korea, Mexiko auf der einen und armen Ländern auf der anderen Seite. Allerdings scheint dieses Programm politisch funktionalisiert worden zu sein (Gaillard 1994).

Der Niederländische Forschungsrat für Entwicklungshilfe (RAWOO) und SIDA/SAREC stellen Wissenschaftlern in Entwicklungsländern Mittel für die Entwicklung von Forschungsanträgen zur Verfügung. Sie legen besonderen Wert auf vertrauensbildende Maßnahmen und effektive Managementstrukturen.

“... partnerships work only if they are prepared in a systematic way through an intensive consultative process along structured lines, in which all stakeholders jointly reach a consensus about the research agenda. A clear management structure ensures that the programme is carried out as planned. Changes are acceptable only if they are made in consultation with all stakeholders. Without trust between the partners, partnerships do not work. Northern partners tend to worry about resources being used improperly, Southern partners about entering into agreements which turn out to be against their own or their country's interests“ (RAWOO 2001:25).

Die 1972 gegründete International Foundation for Science hat den Aufbau von wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten in Entwicklungsländern zum Ziel. Ihre Kriterien der Forschungsförderung wurden den internationalen Beschlüssen der Johannesburg-Konferenz von 2002 angepasst; seitdem werden die meisten Forschungsstipendien an Bewerber aus den ärmeren unter den Entwicklungsländern vergeben. Die Wissensgenerierung soll sich zudem stärker an den lokalen bzw. nationalen Problemen ausrichten. Bemerkenswert ist die Erhöhung der Altersgrenze für Bewerber aus dem sub-saharischen Afrika, um insbesondere Frauen über 40 die Chance einer wissenschaftlichen Karriere zu geben (International Foundation for Science 2004).

Nach Quellenlage haben jedoch auch die Organisationen, die speziell die Förderung von Forschungspartnerschaften zum Programm gemacht haben, Probleme der Verwirklichung ihrer Ziele. Dass die Forschungsfelder entgegen aller Programmatik weiterhin vor allem im „Norden“ definiert werden, ist ein durchgängiges Motiv in der in diese Studie einbezogenen

Evaluierungsliteratur ausländischer Förderorganisationen (Gaillard 1994; KFPE 2002; RAWOO 2001; SIDA 1999). Z.B. berichtet RAWOO:

„The strongly academic nature of research activities dominated by the perceptions of Northern researchers means that the value of the work done on site by local counterparts is not acknowledged. Most credit goes to the Northern researchers, and the activities become increasingly detached from the needs which local counterparts perceive as more urgent and immediate“ (RAWOO 2001:18)

Und Misstrauen unter den Partnern scheint ein sehr verbreitetes Problem zu sein:

„The increasingly evident inequalities in North-South research partnerships undermine the trust between the parties. Communication and negotiations are affected by varying levels of mistrust. A Southern partner may be afraid of ending up in an agreement with a hidden agenda contrary to its national interests. A Northern partner may fear that the financial resources it provides will be misused or wasted as a result of the Southern partner's inefficiency or lack of experience“ (RAWOO 2001:17, vgl. auch Maselli/Sottas 1996).

Dass diese Probleme überhaupt thematisiert werden, bezeugt einen hohen Stand des Problembewusstseins, einen Trend, dem sich in Deutschland bisher nur die Volkswagenstiftung (2004) mit einem neuen Förderprogramm angeschlossen hat. Nach Quellenlage scheint Deutschland jedenfalls im Hinblick auf Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern ein Entwicklungsland zu sein.¹⁹ Bereits vor elf Jahren formulierte Gaillard (1994) eine Liste von Anforderungen bzgl. gemeinsamer Interessensbildung, Fragestellungsentwicklung, Transparenz der Budgetplanung, Festlegung der Partnerbeiträge, Veröffentlichungen, Begleitbudgets für Kapazitätsaufbau, Evaluierung etc.. Die schweizerische Kommission für Forschungspartnerschaften in Entwicklungsländern hat 1998 eine im Internet zugängliche Liste von Prinzipien in vier Sprachen erstellt, die helfen soll, funktionierende Forschungspartnerschaften zu etablieren bzw. zu evaluieren und u.a. auch die Einbettung der ausländischen Organisationen in ihr jeweiliges ökonomisches, soziales und politisches Umfeld sowie die Förderung der Süd-Süd-Kooperation berücksichtigt (vgl. Anhang). In jüngerer Zeit hat sie eine umfassende Impaktstudie in Bezug auf eine Reihe von Forschungspartnerschaften veröffentlicht, die über die Anwendung der klassischen Bewertungsmethoden (z.B. „peer-reviewed“ Aufsätze) von Forschungsprojekten hinausgeht (Maselli et al. 2004).

An afrikanischen Universitäten werden mit holländischer und U.S.-amerikanischer Unterstützung (Wageningen University, Rockefeller Foundation) Pilotprojekte zur Weiterbildung von Wissenschaftlern in partizipativer Aktionsforschung durchgeführt (einschl. Lerntheorien, Kommunikationswissenschaften, Moderationstechniken usw.) (Hagmann/Almekinders 2003). Dem Postulat der Nachfrageorientierung und transdisziplinären Verantwortung entwicklungsorientierter Forschung widmet sich überdies ein Programm des britischen Overseas Development Institute, das sich mit der problematischen Schnittstelle zwischen Forschung und Politik in Entwicklungsländern befasst. Research and Policy in Development (RAPID), fördert die Untersuchung von Prozessen der Einspeisung forschungsbasierter Informationen in Politikentscheidungen und die Entwicklung entsprechender Strategien (Overseas Development Institute 2004).

Zu erwähnen ist ferner, dass die Interaktion zwischen lokalem und internationalem Wissen im englischsprachigen Raum seit dem Erscheinen von Chambers' viel zitierten Buch „Farmer

¹⁹ So verwundert es auch nicht, dass sich bei der großen Konferenz zum Thema Forschungspartnerschaften 1996 in Bern (im Gegensatz zu Teilnehmern etwa aus England, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Niederlande) unter den nahezu 400 Teilnehmern weder deutsche Regierungsvertreter noch Mitglieder aus Forschungsförderorganisationen befanden (vgl. Annex in Maselli/Sottas 1996).

First“ (Chambers, Pacey/L.A.Thrupp 1989) auf vielfältige Weise erprobt worden ist, was u.a. zur verstärkten Berücksichtigung von kontrollierten wissenschaftlichen Verfahren in traditionellen Bauernkulturen geführt hat (s. z.B. McCorkle/McClure 1995).

8. Forschungspartnerschaft – ein paradoxer Diskurs?

Forschungskooperation vollzieht sich in einem Spannungsfeld, das durch potenziell widersprüchliche Interessen verschiedener Akteure geprägt ist: auf internationalem, nationalem, lokalem, Instituts- und individuellem Niveau. Es stehen sich Industrie- und Entwicklungsländer, Entwicklungsländer untereinander, Regierungen, Forschungsförderorganisationen, Wissenschaftler und Öffentlichkeit bzw. diejenigen, die das Wissen nutzen wollen, sollen oder könnten, in den beteiligten Ländern gegenüber. Wo sich die „Relevanzstrukturen“ (Berger/Luckmann 2003:46-47) der Wissenschaftler voneinander unterscheiden, dominiert in der Tendenz diejenige des „Nordens“. Die Ergebnisse der Analyse der Handlungsfelder in Forschungspartnerschaften weist eher auf die Existenz von Gegensätzen als auf Gemeinsamkeiten der Akteure hin.

Die Überlegenheit des Wissens in den Industrieländern wird implizit oder explizit vorausgesetzt. Die bedeutenden Fortschritte der westlichen Industrienationen in Wissenschaft und Technik haben für die Entwicklungsländer (EL) jedoch nur bedingte Relevanz, wenn letztere ihre Rolle als Exportmärkte oder Rohstofflieferanten für die Industrieländer überwinden möchten. Die entwicklungspolitische Literatur zum Thema der Notwendigkeit des Einschlagens eigener Wege der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in den Ländern des „Südens“ ist mittlerweile unübersichtlich geworden. Fasst man die Probleme der EL ins Auge, wird schnell deutlich, dass der in Deutschland klar weiter bestehende Diskurs des Technologie- und Wissenstransfers vom „Norden“ in den „Süden“ wirkliche Partnerschaften sehr erschwert. „Partnerschaft“ erweist sich zumeist als Fiktion, weil ihr grundlegende Voraussetzungen fehlen. Dabei sind die Akteure des „Südens“ keineswegs passiv; u.a. hat Giddens betont:

„We should not conceive of the structures of domination built into social institutions as in some way grinding out ‚docile bodies‘ who behave like the automata suggested by objectivist science. ... all forms of dependence offer some resources whereby those who are subordinate can influence the activities of their superiors“ (Giddens 1984:16).

Die Einflussmöglichkeiten „südlicher“ Partner erinnern jedoch häufig an die „Waffen der Schwachen“ (Scott 1987). Man kann auch von einer Differenz der Paradigmen unter den beteiligten Akteuren sprechen (RAWOO 2001). Vereinfachend polarisiert steht Grundlagenforschung zum Gewinn akademischer Meriten und internationaler wissenschaftlicher Reputation einerseits der nachfrageorientierten, partizipativen Forschung, die nicht nur den Karrieren der Wissenschaftler dort, sondern der Lösung konkreter – und lokaler - Probleme in den Entwicklungsländer dient, andererseits gegenüber.

Eine Vereinfachung komplexer Verhältnisse durch eine Dichotomie der Paradigmen ist jedoch kaum hilfreich, wo sie weitere zum Verständnis der Situation notwendige Differenzierungen ausblendet. Es ist der Erkenntnis Rechnung zu tragen, dass auch länderintern Akteure mit verschiedenen Interessen koexistieren bzw. miteinander um knapper werdende Ressourcen konkurrieren. Dies betrifft nicht nur die Wissenschaftler sondern auch die „Endnutzer“ von Forschungsergebnissen – seien es politische Entscheidungsträger oder entwicklungspolitische Zielgruppen. Verschiedene Kategorien von Entwicklungsländern und unterschiedlich ‚starke‘ Universitäten innerhalb von Entwicklungsländer haben unterschiedliche Möglichkeiten, die Forschungspartnerschaften mitzugestalten. Wo sich die Erkenntnis- und

Karriere-Interessen einzelner Wissenschaftler des „Südens“ mit denen des „Nordens“ decken, trägt grundlagenwissenschaftliches Forschen jedoch wahrscheinlich eher zum „Brain Drain“ als zur Lösung lokaler Probleme bei. Zudem sind auch die Wissenschaftler des „Südens“ nicht zwangsläufig an partizipativen Verfahren interessiert, die die Wissensnachfrage seitens unterprivilegierter Gruppen in den Entwicklungsländern zur Geltung bringen können.

Die Beziehungen in Forschungspartnerschaften können je nach beteiligten Persönlichkeiten oder Sachzwängen eher partnerschaftlich oder – was häufiger vorzukommen scheint – asymmetrisch sein. In den führenden deutschen Forschungsförderungs- und Wissenschaftsorganisationen scheint ein gewisser Paternalismus gegenüber Wissenschaftlern der Entwicklungsländer vorzuherrschen. Aus der Sicht vieler deutscher Wissenschaftler, die am liebsten den „Süden“ quasi als Experimentierfeld für den „Norden“ nutzen möchten, wären funktionale "Wissenschaftsenklaven" zum Zwecke der Grundlagenforschung nach wie vor ausreichend, ohne die Verschwendung von Energien an von außen diktierte und deshalb halbherzige und oft als ineffektiv empfundene "Kooperation". Der in Deutschland klar vorherrschende Diskurs des Technologie- und Wissenstransfers vom „Norden“ in den „Süden“, die Orientierung des etablierten Wissenschaftssystems an Reputationsgewinn durch Grundlagenforschung, die Förderungsbedingungen einerseits und die ökonomische Abhängigkeit „südlicher“ Partner andererseits erschweren wirkliche Partnerschaften und begünstigen Patronage und Paternalismus. Dies trägt dazu bei, dass die Potenziale besonders in der problemorientierten Forschung auf Seiten der Entwicklungsländer häufig unterschätzt oder einfach ignoriert werden. Zudem werden interkulturelle Missverständnisse begünstigt, und auch plausible „Süd-Süd“-Transferprozesse scheinen unzureichend gefördert zu werden. Dies bildet nicht nur ein ethisches Problem: Sowohl auf Projektebene als auch auf nationalem Niveau werden durch Fehlinvestitionen umfassende Ressourcen gebunden und Forschungsverläufe gehemmt. Eine Gewichtung bzw. Quantifizierung entsprechender Befunde steht jedoch noch aus.

Wenn die vielfach als vorrangig empfundenen wissenschaftlichen Interessen vieler Partnerländer ernst genommen würden, wäre eine Hinwendung zu anwendungsorientierter bzw. partizipativer Forschung gefragt. Eine an den Interessen der Entwicklungsländer bzw. der benachteiligten Gruppen dort (Armutorientierung) ausgerichtete Forschung im Sinne einer stärkeren Transdisziplinarität oder gar partizipativen Aktionsforschung würde hohe – vielleicht unerfüllbare - Anforderungen an die Kapazität und Flexibilität deutscher Akteure beinhalten. Bei einer ernsthaften Beteiligung am Agenda-Setting wäre das Dilemma unausweichlich, dass eine Art generalistischer wissenschaftlicher und politisch bewusster Expertise stärker gefragt würde, die hoch spezialisierte deutsche Wissenschaftler (z.B. mit Interesse an Schmetterlingsforschung in Naturschutzgebieten oder paläogeologischen Prozessen) oft gerade nicht aufweisen.

Deutsche Forschungsakteure haben jenseits von zufällig erworbenem Erfahrungswissen noch keine Methoden zur Hand, die über ad-hoc- bzw. trial-and-error-Vorgehensweisen hinaus weisen. Anders als international üblich liegen in Deutschland noch nicht einmal auf Programmebene klare Ziele und Verfahren der Integration von Wissenschaftspartnern aus Entwicklungsländern, geschweige denn von potenziellen Endnutzern der Forschungsprodukte, in die Forschungskonzeptionierung vor. Ein Blick in die Forschungsprogramme und -berichte anderer Länder rechtfertigt die Vermutung, dass in Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf bezüglich der Reflektion über und Regelung der Wissenschaftskooperation mit Entwicklungsländern besteht. Zwar scheint auch anderswo die Forschungskonzeptionierung von ähnlichen Dominanzbeziehungen bestimmt zu werden, doch sind die Diskussion und Bemühungen um deren Überwindung nach Quellenlage weiter gediehen als hier. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland den Anschluss an internationale Entwicklungen in der

Wissenschaftskooperation und an einen anspruchsvollen Lernprozess in der internationalen Forschungsgemeinschaft verliert.

Leitfäden wie die Prinzipien der Schweizerischen Kommission für Forschungspartnerschaften in Entwicklungsländern (KFPE) (s. Anhang) können zunächst auch deutschen Projektplanern und Gutachtern eine pragmatische Orientierung zur effektiveren Gestaltung von Forschungspartnerschaften bieten. Derartige normative Vorgaben, die Appelle der Verhaltensänderung für die Wissenschaftspartner darstellen, werfen jedoch auch Fragen auf. Erstens, kann auf diese Weise den tatsächlichen mikropolitischen Verhältnissen in den „Projektarenen“ Rechnung getragen werden? Es besteht die Gefahr, dass Machtgefälle und „strukturelle Heterogenität“ der Interessen beteiligter Akteure, auch derjenigen innerhalb der Entwicklungsländer, ignoriert werden.²⁰ Kooperation an sich und insbesondere partizipative und nachfrageorientierte Projektplanung und -durchführung sind nicht nur angesichts des Mangels an entsprechenden Qualifikationen und Anreizen, sondern auch angesichts der von eigentümlichen Machtstrategien geprägten Interaktionen an den Universitäten²¹ und des Fehlens von Sanktionen schwer umzusetzen. In Anbetracht der „perfekten Immunisierung gegenüber jeglicher externer Kontrolle“ (Preißer 1994:165) der Schlüsselakteure an den Hochschulen hängt ihre Umsetzung bisher also ab von persönlicher Integrität. Selbst rein national operierende Wissenschaftsprojekte in Deutschland könnten den „Kontrollfragen“ der KFPE etwa zur Transparenz aufgrund der Strukturen und vorherrschenden Managementpraxis an hiesigen Wissenschaftsinstituten wohl selten standhalten. Zudem kann im „Süden“ keinesfalls eine Deckung der Interessen von Wissenschaftsakteuren und „Endnutzern“ voraus gesetzt werden (- dies ist schließlich auch im „Norden“ nicht der Fall). Deren Mitsprache bei Projektkonzeptionierungen, etwa zur Sicherstellung der sozialen Relevanz und Nachfrageorientierung, würde jedoch nicht nur einen enormen organisatorischen Aufwand erfordern sondern auch einen Legitimationsdruck erzeugen, dem viele etablierte Wissenschaftsakteure auch im „Süden“ lieber ausweichen würden. Erfahrungen aus dem Bereich der EZ haben gezeigt, dass die Diskurse von an „good governance“ orientierten Geberorganisationen in lokalen Entwicklungsdiskursen angeeignet werden, sie werden aber in der Praxis nach Bedarf uminterpretiert – in den Worten eines Wissenschaftlers aus Südostasien: „Transparency does not mean you have to be naked.“ Der Partnerschaftsdiskurs in der internationalen Forschungskooperation kann derzeit als Legitimationsinstrument betrachtet werden, das auf beiden Seiten exklusiven Interessen von Eliten dient, die Zugang zu Fördergeldern erhalten.

Eine zweite Frage betrifft angesichts der geforderten Monitoring- und Evaluierungsaktivitäten, die komplexe Prozesse in Forschungspartnerschaften berücksichtigen sollen, hier einmal im Jargon der New Institutional Economics, das Problem der „Transaktionskosten“ in Verbindung mit dem „principal-agent“-Problem (North 1990:27,32-33): Welche Steuerungsinstanz wäre erforderlich und mit welchem Aufwand könnten die komplexen Partnerschaftsvoraussetzungen und entsprechende Evaluierungsanforderungen gewährleistet und Erfolge überhaupt kontrolliert werden? Die strukturellen Interessenswidersprüche unter den beteiligten Akteuren verhindern eine klare Politik, die sich an den Interessen der EL orientiert. Zudem besteht kein politischer Konsens, was „die“ Interessen der EL sein sollen. Die Debatte ist stark von ideologischen Positionen bestimmt.

²⁰ Zu ethischen und politischen Schwierigkeiten in der Aktionsforschung s. McKernan (1991).

²¹ S. hierzu u.a. die Analyse der okzidentalen Wissenschaftsarena von Pierre Bourdieu (1988). Bezogen auf Deutschland sind Preißers (1994) Analyse von Strukturdefiziten deutscher Hochschulen, Standesordnung der Professorenschaft und Nicht-Rationalität der Hochschulverwaltung sowie die sarkastisch-satirischen Beschreibung feudallähnlicher naturwissenschaftlicher Forschungsstrukturen von Bär (1996) zu erwähnen. - „Bär“ hat es übrigens vorgezogen, unter einem Synonym zu veröffentlichen.

Für alle Seiten gilt, dass oft nicht ein genereller Mangel von Wissen das Problem ist, sondern das Management des vorhandenen Wissens. Die „Pragmatisierung“ der Universitäten im Zuge der Einführung neuer Informationstechnologien eröffnet weltweit neue Perspektiven und Rollen für Wissenschaftler. Neue Muster der Forschung kommen auf, die verschiedene Akteure aus Wirtschaft, Politik und außeruniversitären Forschungsorganisationen zusammen bringen. Eine transdisziplinäre Richtung sowie Kommerzialisierung der Forschung werden damit beschleunigt; aber das produzierte Wissen wird nicht gleich verteilt. Welches Wissen geteilt wird, hängt davon ab, welche Art von Wissen die jeweils herrschende institutionelle Kultur als wichtig erachtet (Evers/Gerke 2003; Saint 2004) und welchen Verwertungszusammenhängen die Wissensproduktion unterliegt. Die Privatisierung von Forschung birgt Potenziale und Risiken für die allgemeine Transparenz und Vernetzung von Wissen. Einerseits können Wissensflüsse aufgrund des Bedeutungsverlustes von öffentlichen aber üblicherweise autoritativ bzw. exklusiv organisierten Institutionen „enthierarchisiert“ werden; Ergebnisse von Studien werden zunehmend öffentlich zugänglich. Andererseits wird die Verantwortung für politische Entscheidungen zunehmend in den privatwirtschaftlichen Bereich verlagert (Evers/Gerke 2003). Zudem werden Innovationen, die auf in Entwicklungsländern gewonnenem Wissen beruhen, über internationale Eigentumsrechte von einer begrenzten Anzahl multinationaler Unternehmen des „Nordens“ beherrscht, die von den Entwicklungsländern nicht mehr kontrolliert werden können. Damit erweitert sich die bestehende Kluft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern (Saragih 2004). Selbst in internationalen Organisationen mit fortgeschrittenem Wissensmanagement bleibt die Steuerung von Entwicklungsprozessen einseitig und basiert weiterhin auf westlichem Wissen. Das hierarchische Grundmuster, die Asymmetrie zwischen „Nord“ und „Süd“, wird beibehalten, auch im Bereich der elektronischen Kommunikation (Evers/Gerke 2003). Evers et al. (im Druck) verweisen jedoch auf neuere Ansätze internationaler Entwicklungsorganisationen, dieses Grundmuster aufzubrechen und dem Bedarf an Wissensmanagement, etwa durch Austausch über „best practices“, gerecht zu werden. Auch diesen Entwicklungen müssten Forschungspartnerschaften der Zukunft Rechnung tragen.

Eine Veränderung des Planungsprozesses, der über eine rein technisch-wissenschaftliche Orientierung hinausginge, würde die Berücksichtigung lokaler Strukturen erfordern und lokale Akteure in den Prozess der Projektgestaltung einbeziehen (Taylor/Fransmann 2003). In Organisationen der deutschen EZ gibt es seit längerem kritische, selbstreflexive Prozesse bzgl. positiver und negativer Wirkungen der Arbeit dieser Organisationen, und die Einbeziehung lokaler Mechanismen kann nicht mehr vermieden werden (Evers et al. im Druck). Solche Prozesse sind in deutschen international operierenden Forschungsorganisationen bisher jedoch kaum verankert. In Anbetracht der Situation stellt sich die Frage, ob sich das, was in vielen Fällen als bloße „Scheinpartnerschaft“, als Reflex unserer Wissenschaftler auf Geberauflagen, bezeichnet werden kann oder durch persönliches Engagement entstanden ist, zu einer systematisch angestrebten Forschungspartnerschaft entwickeln kann.

9. Empfehlungen

„Striving for equal partnership in an asymmetrical world requires constant effort since the effects of asymmetry have to be neutralized“ (RAWOO 2001: 29).

Im Folgenden sollen einige Politikempfehlungen oder praktische Konsequenzen der Befunde formuliert werden. Es stellt sich die Frage, ob und wie die vorherrschenden Interessen an (grundlagen-) wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn auf deutscher Seite mit der effektiven

Einbeziehung und Förderung anwendungs-, oder gar nachfrageorientierter Aktionsforschung in den Entwicklungsländern verbunden werden können. Zudem erhebt sich das Problem, ob und wie außerwissenschaftliche Themen im Forschungsprozess stärker berücksichtigt werden können. In Ergänzung zum Leitfaden der KFPE bzw. auch zu dessen Bekräftigung (s. Anhang) sollen hier noch einige Prinzipien besonders heraus gestellt werden, die institutionelle Veränderungen der Forschungsförderung in Deutschland betreffen.

Die Reformen des Hochschulwesens seit 2002 stellen einen Schritt in die Richtung potenzieller Verbesserung der von Preißer (1994) kritisierten Umstände an deutschen Hochschulen dar. Jedoch ist nach wie vor mit einem starken Konservatismus führender Wissenschaftsakteure in Deutschland und damit dem Vorherrschen positivistischer Denkweisen bzw. Widerstand gegen wissenschaftspraktische Relevanz auch in den Sozialwissenschaften zu rechnen. Schließlich bedeutet jede Rechtfertigung für wissenschaftliches Handeln letztendlich einen Nachweis der Existenzberechtigung des Wissenschaftlers bzw. der Notwendigkeit seines Handelns im Rahmen der impliziten und expliziten Vereinbarungen in der herrschenden „scientific community“.

Institutioneller Wandel: Forschungsfinanzierung und Anreize im Wissenschaftssystem

Die Berücksichtigung der analysierten Umstände stellt besondere Anforderungen an die Forschungsförderorganisationen und Universitäten, für deren Erfüllung eine Umorientierung unausweichlich wäre.

Wenn die internationale wissenschaftliche Partnerschaft mit den Entwicklungsländern verbessert werden soll, sollte auf Seiten der Förderorganisationen in stärkerem Maße Klarheit darüber gefunden werden, ob und wie die vorherrschenden Interessen an (grundlagen-) wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn auf deutscher Seite mit der effektiven Einbeziehung und Förderung der problemorientierten Wissenschaft in den Entwicklungsländern verbunden werden können. Dies schließt die Grundlagenforschung seitens deutscher und „südlicher“ Akteure nicht aus, doch sollte es Anforderungen an die Antragsteller geben, die die gemeinsame Bestimmung der Themensetzung garantieren.

Die Förderung von nachfrage- bzw. problemorientierter Forschung wäre klar von grundlagenwissenschaftlichen Vorhaben in Entwicklungsländern zu trennen; sie bedarf anderer Voraussetzungen und Kapazitäten. Denkbar ist auch eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Forschungstypen innerhalb eines Projektes.

Es bedürfte der Schaffung von Anreizen für deutsche Wissenschaftler, sich auf Themen einzulassen, die unter gegenwärtigen Bedingungen weder an der internationalen „Forschungsfront“ Ruhm einbringen noch Karriere fördernd sind. Die Sicherung der Existenz von Wissenschaftlern in der Entwicklungsforschung, die von dem üblichen Bewährungsdruck befreit würden, müsste gewährleistet werden. Qualitätskriterien für die Bewertung ihrer Arbeit wären in geringerem Maße an der Anzahl der Publikationen in international anerkannten Zeitschriften und zunehmend an den konkreten Ergebnissen ihrer Forschungen in den Entwicklungsländern zu definieren. Entsprechend wären die beruflichen Anforderungen und Tätigkeiten von Wissenschaftlern zu erweitern, was sich wiederum in einer kritischen Revision der Kriterien niederschlagen müsste, die bei der Besetzung wissenschaftlicher Stellen eine Rolle spielen.

Eine solche Politik würde nicht nur auf Seiten interessierter Projektantragsteller sondern auch im Gutachterwesen eine Umorientierung mit neuen, zweifellos nicht einfach zu bestimmenden Kriterien erfordern. Evaluierungsverfahren sollten weniger ausschließlich die wissenschaftliche Exzellenz und stärker Kriterien der sozialen Relevanz von Forschung

einbeziehen. Hier könnten die Erfahrungen anderer Forschungsförderungsorganisationen in Industrieländern nutzbar gemacht werden. Zudem wären die Möglichkeiten des Einsatzes von Gutachtern aus dem „Süden“ zu überdenken.

Den Universitäten fiele die Verantwortung zu, ihr wissenschaftliches Personal stärker auf die besonderen Anforderungen internationaler Kooperation in Entwicklungsländern vorzubereiten. Denn Kapazitätsaufbau bedeutet nicht nur Nord-Süd- bzw. Süd-Süd-Wissenstransfer, sondern die Stärkung von Managementfähigkeiten, die Gestaltung der Beziehungen zwischen Forschern und Gesellschaft auf beiden Seiten.

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schließt sich dezidiert dem Bekenntnis zu anwendungsrelevanter Forschung an, dem auch andere Länder folgen: „Developing countries require research that is relevant for their contexts“ (Stather 2004). Bei Ausschreibungen und Antragsentscheidungen sollten die entwicklungspolitische und soziale Relevanz der Themen sowie transdisziplinäres Engagement stärker als bisher gefordert werden.

Die Kluft zwischen Wissenschaft und EZ ist ein viel debattiertes Thema; es fehlt bisher auf beiden Seiten an Anreizen zur Verstärkung der Kooperation (abgesehen von punktueller Auftragsforschung). Auch hier arbeiten die Akteure unter verschiedenen Verwertungszusammenhängen und –zwängen, die schwer miteinander vereinbar sind und sich häufig auch in gegenseitigen Vorurteilsstrukturen und Kommunikationsblockaden niederschlagen. Größere Flexibilität auf Seiten der EZ-Strukturen einerseits, größere Aufmerksamkeit für sozial relevante Themen andererseits könnten die Vereinbarkeit erhöhen. Es sollte darüber reflektiert werden, wie ein stärkerer Anschluss der Wissenschaft an die EZ stattfinden kann, ohne unkritische Übernahme von deren nicht nur humanitär begründeten sondern auch von Geschäftsinteressen bedingten und daher oft widersprüchlichen Zielen und Praxis (vgl. Rottenburg 2002). Die Wissenschaft ist dazu privilegiert und potenziell in der Lage, eine umsichtige Analyse der „Arenen“, in denen sich EZ vollzieht, vorzunehmen und problemlösungsrelevante Vorschläge zu machen, die nicht kurzfristigen Verwertungsinteressen mächtiger „südlicher“ wie „nördlicher“ Akteure unterliegen.

Es sollte ein Forum für die Debatte über *Relevanz* eingerichtet werden, an dem sich verschiedene Gruppen „südlicher“ Akteure beteiligen. Ein größeres Bewusstsein über die Widersprüchlichkeit von Standpunkten ist Voraussetzung für den Umgang damit. Für die Forschungsförderorganisationen ist ein Agieren auf mehreren Ebenen nötig und möglich, das verschiedenen Interessen gerecht werden kann.

Die Politiker des „Nordens“ müssten das Risiko eingehen, Forschungsorganisationen des „Südens“ Ressourcen zur Verfügung zu stellen, Flexibilität zu gewähren und eine Langzeitperspektive einzunehmen. Aufbau von Forschungsinfrastruktur müsste dort stärker als begleitende Maßnahmen von Forschungsprojekten gefördert werden können, wo Bedarf besteht. Das Eigenbeitragsprinzip wäre den gesellschaftlichen Realitäten in den jeweiligen Gastländern anzupassen. Es bedarf der Einrichtung eines Forschungsfonds für Wissenschaftler aus den ärmsten Staaten. Beratung für die Verfassung von Anträgen wäre in diesem Rahmen ebenfalls zu finanzieren.

Projekte der Wissenschaftskooperation in Entwicklungsländern spielen sich dort unter gesellschaftlichen Bedingungen ab, die bei der Gestaltung einer machbaren und fruchtbaren Zusammenarbeit Berücksichtigung finden sollten. Bei den Projektentwürfen wäre die landesspezifische Situation des dortigen Wissenschaftsbetriebs und im Falle transdisziplinärer Forschung die Verbindung mit den Endnutzern klar zu berücksichtigen. Die Förderer müssten in der Antragstellung entsprechende Nachweise verlangen. In diesem Sinne wären auch

Fortbildungen deutscher Wissenschaftler zu fördern, die in internationalen Forschungsprojekten Leitungs- bzw. Vermittlungsfunktionen übernehmen sollen.

Die Finanzierung von interkulturellem Training – am besten auf beiden Seiten –, landes- und gebietsspezifische sowie ggf. sprachliche Vorbereitung müssten akzeptable Bestandteile von Forschungsanträgen werden.

Die Förderung von zielorientierter Projektplanung und von (interkulturellen) Kommunikationsprozessen allgemein könnte eine externe Moderation erfordern. Auch dafür wären Mittel bereit zu stellen. Zudem müssen insbesondere in Großprojekten Mittel für einheimische Vermittler oder Koordinatoren bereit gestellt und beantragt werden.

Bei der Ausschreibung von Forschungsprogrammen müssten längere Fristen zwischen Ausschreibung und Antragsabgabe und die grundsätzliche Abfassung von Anträgen in der internationalen Wissenschaftssprache – Englisch – gegeben sein.

Eine weiter reichende Politik würde auch Programme der Förderung der Reintegration von in Deutschland ausgebildeten Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern, etwa als lokale Fachkräfte im Rahmen von Entwicklungsprojekten, vorsehen.

Erweiterung der Wissensbasis und des gegenseitigen Verständnisses vor/bei der Projektplanung

Ein breit angelegter Prozess des Informationsaustausches, auch über die Universitäts- bzw. Forschungssysteme und Interessensgruppen auf beiden Seiten, sollte jeder Projektplanung und –implementierung vorausgehen. Zu Projektbeginn empfehlen sich gegenseitige Einführungen in die Grenzen und Potenziale des tertiären Bildungs- und Forschungssektors der beteiligten Partnerländer sowie eine Bestandsaufnahme der wichtigen wissenschaftlichen, politischen und entwicklungspolitischen Akteure im Forschungsgebiet.

Zudem sollte jeweils eruiert werden welche Maßnahmen notwendig und möglich sind, um einen begleitenden Infrastrukturaufbau (Kommunikationsmedien, Laborausstattung, Bücher, Lehrmittel, Hardware, Software usw.) zu leisten.

Forschungskooperation vollzieht sich aus heterogenen Motiven und zu verschiedenen Zwecken. Eine Koexistenz und gegenseitige Befruchtung grundlagenwissenschaftlicher und nachfrageorientierter Forschung ist möglich. Doch sollten die damit verbundenen Strategien und Förderinstrumente sowie Funktionen von Aufgabenteilung für alle Beteiligten verständlich und durchschaubar sein.

Es ist, ungeachtet der Anerkennung von fließenden Grenzen, zu unterscheiden zwischen

1. grundlagenwissenschaftlich orientierter Forschung, die auf international als relevant erachtete Themen und Vernetzung mit der etablierten internationalen Wissenschaft abzielt,
2. problem- und anwendungsorientierter Forschung gemäß national definierter Interessen (Politikberatung)
3. partizipativer Aktionsforschung gemäß den von Zielgruppen (mit-) bestimmten Themen.

Diese Forschungstypen erfordern verschiedene Kapazitäten und die Einbeziehung unterschiedlicher Kooperationspartner. Projekte sollten klären, welchen Typus sie vertreten können und wollen. Wenn mehrere dieser Typen in einem Projekt berücksichtigt werden sollen, müssen dazu die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten vorhanden sein. Typ 3 kann bisherige

Praktiken stark in Frage stellen und würde besondere Sensibilisierungsarbeit und Weiterbildung unter etablierten Wissenschaftlern erfordern. Auch wenn sie selbst nicht diesen Ansatz vertreten können, so sollten die in- und ausländischen Kollegen besser verstanden und akzeptiert werden, die ihn anwenden.²² Die gegebenen Beziehungen zwischen Politik, wissenschaftlichen Institutionen und Nutzern der Forschungsergebnisse müssen von allen Beteiligten verstanden werden.

„Hidden agendas“ und die Verschleierung von Ziel- und Interessenskonflikten in Partnerschaftsprojekten begünstigen Missverständnisse und die Entstehung von Arbeitsproblemen. In dem von Misstrauen und Interessenswidersprüchen gekennzeichneten Feld muss besonders in eine transparente Projektplanung investiert werden.

Für alle Seiten muss erarbeitet und klar verständlich formuliert werden, welchen – möglicherweise durchaus konkurrierenden - Zielsetzungen die zu etablierende Forschungspartnerschaft dienen sollen, welche Motivationen auf Seiten der beteiligten Akteure vorliegen, welche Prioritäten im Falle von Zielkonflikten gesetzt werden sollen, welche Ressourcen wofür eingesetzt werden und welche Parteien mit welchen Arbeitsaufgaben zur Erreichung der gemeinsamen oder auch separaten Ziele beitragen sollen.

Eine klare Managementstruktur sollte eingeführt werden, die gemeinsame Projektplanung, das Einbinden aller Partner in verschiedene Verantwortungsbereiche und regelmäßige Zusammenkünfte und Beratungen unter den Projektbeteiligten vorsieht. Kriterien für die Setzung von Prioritäten sollten gemeinsam festgelegt werden (je nach Kontext auch unter Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. prospektiven Nutzern der Forschungsergebnisse). In der gemeinsamen Projektplanung sollten wissenschaftliche Probleme und Begriffe für alle Beteiligten verständlich gemacht werden.

Gezielte Information und ggf. Integration außerwissenschaftlicher Akteure im Forschungsgebiet können potenzielle Widerstände solcher Akteure neutralisieren. Dazu kann auch die Übersetzung von Projektvorhaben und (deskriptiven) Forschungsergebnissen in die Lokalsprachen erforderlich sein. Wünschenswert wäre ggf. eine Koordination mit anderen internationalen Wissenschaftsakteuren im Forschungsgebiet. Die Berücksichtigung traditionellen bzw. lokalen Wissens kann helfen, „Fehleinschätzungen externer «Experten» zu vermeiden und das Terrain für die Umsetzung der erwarteten Resultate frühzeitig zu ebnen“ (KFPE 1998:26).

Kapazitätsaufbau

Es sollte geklärt werden, welche Art von Kapazitätsaufbau in den zu fördernden Kooperationsprojekten nötig ist, um gemeinsam festgelegte Projektziele zu erreichen. Dies beinhaltet auch die Entwicklung von Kapazitäten auf deutscher Seite (nach Bedarf interkulturelles Training, Landeskunde, Spracherwerb, Kontext und Wissen auf Seiten „südlicher“ Forschungspartner).

Eine Analyse gegebener Kapazitäten nach verschiedene Ebenen (nach SIDA 1999) und auf beiden Seiten kann helfen, die Forschungspartnerschaften realistisch zu gestalten und Erfordernisse des Kapazitätsaufbaus bzw. der Rekrutierung zusätzlicher Kapazität einzuschätzen:

- Individuelle Forschungskapazität betrifft die Fähigkeit, Forschungsprobleme zu definieren, Forschungsaktivitäten zu planen und umzusetzen, Ergebnisse zu analysieren, zu präsentieren und zu verbreiten (Zugänglichkeit für Nutzer, Veröffentlichung).

²² Angesichts der zweifellos heterogenen und schwierig zu bewertenden Interessen lokaler Zielgruppen stellt partizipative Forschung besonders hohe Ansprüche an die mikro-politische Sensibilität der Forschenden. Vgl. Mc Kernan (1991).

- Institutionelle Forschungskapazität betrifft die Fähigkeit von Universitäten oder Instituten, Ressourcen für Forschung zu mobilisieren, zuzuweisen, Projekte einzuschätzen und zu evaluieren, externe Gelder zu verwalten, Standards für Auszahlungen festzusetzen, Forschungsinfrastruktur zu erhalten.
- Nationale Forschungskapazität umfasst die gesamte Organisation von Forschung, Forschungspolitik, institutionelle Bedingungen für die Bereitstellung von Ressourcen für Forschung und Ausbildung von Forschern. Ohne entsprechende Strukturen können Forschungsvorhaben kaum umgesetzt werden.

Ferner ist klar zu unterscheiden zwischen der Stärkung von wissenschaftlicher Kapazität im allgemeinen (zum Anschluss an das internationale Wissenschaftssystem) und dem Aufbau von Kapazität für Forschungsmanagement und problemlösungsorientierte Entwicklungsforschung.

Wo Kapazitätsaufbau das Ziel der Forschungskooperation bildet, sollten bewährte Methoden der Lehrforschung und entsprechende Kompetenz eingesetzt werden. Dies erfordert Fähigkeiten, über die deutsches Hochschulpersonal insbesondere in interkulturellen Kontexten nicht automatisch verfügt.

Deutsche Wissenschaftler wie auch oft ihre Partner des „Südens“ müssten lernen, wie Forschungsergebnisse weithin verfügbar gemacht werden und angewendet werden können. Dazu gehört auch Verständnis für den Umgang mit Wissen und Informationen, der sich von Kontext zu Kontext unterscheidet.

Es besteht weiterer Forschungsbedarf zum Aufbau von Kapazitäten in den Forschungsförderorganisationen. Genauere Kenntnis der (potenziellen) Widersprüche in der vielfältigen Domäne der Forschungskooperation, die z.B. auch Wirtschaftsakteure einbezieht, wäre eine wichtige Voraussetzung für die Beratung und Orientierung bei der Forschungsplanung. Wenn es eine an partnerschaftlicher Forschung bzw. Verbesserungen der Situation in den Entwicklungsländern interessierte deutsche Gemeinschaft von Förderorganisationen und Wissenschaftlern gibt, könnte diese von den internationalen Erfahrungen anderer Wissenschaftssysteme des „Nordens“ lernen. Eine systematische Untersuchung der Erfahrungen, die andere Förderorganisationen des „Nordens“ mit dem Einsatz anderer Instrumente machen, könnte wertvolle Erkenntnisse für die Optimierung der hiesigen Förderlandschaft bringen. Auch die Erfahrungen aus Kooperationen zwischen Wirtschaft und Universitäten könnten nutzbar gemacht werden. Zudem könnte insbesondere in der systematischen Einbeziehung lokaler Strukturen und der Anwendung partizipativer Forschung auf die Erfahrungen - und deren kritische Auswertung - von Entwicklungshilfeorganisationen rekurriert werden. Eine möglichst ideologiefreie, vergleichende empirische Studie über die Praxis internationaler Forschungspartnerschaften wäre wünschenswert, die über den hier geleisteten Überblick des Problemspektrums hinausgeht. Die Gewichtung und Verbreitung der hier angesprochenen Phänomene müsste noch empirisch überprüft, etwaige neuere Entwicklungen auch im Ausland müssten analysiert werden. Weingart prognostizierte vor acht Jahren – hier mit Bezug auf die Popularität von Interdisziplinarität -, dass in Anbetracht wachsender Legitimationszwänge „Moden der politischen Agenda“ wahrscheinlich zunehmend die Wissenschaftslandschaft formen würden. Bei der notwendigen Erforschung von entsprechenden Rückwirkungen auf die Wissenschaft sollten jedoch „gerade sozialwissenschaftliche Beobachter der Szenerie ... nicht auf die sich wechselseitig überbietende Rhetorik hereinfließen“ (Weingart 1997:527). Dies wäre auch bei einer systematischen Untersuchung der Erfahrungen von Organisationen der EZ und der Forschungsförderung anderer Nationen in Forschungspartnerschaften zu beherzigen.

10. Anhang

Die 11 Prinzipien der Forschungspartnerschaft (KFPE)
(aus: KFPE 1998)

Forschungsgegenstand gemeinsam festlegen

Vertrauen aufbauen

Informieren und vernetzen

Verantwortung teilen

Transparenz schaffen

Zusammenarbeit fortlaufend erfassen

Ergebnisse bekanntmachen

Ergebnisse umsetzen

Gewinne gerecht teilen

Forschungskapazitäten fördern

Erreichtes sichern

1. Prinzip: Forschungsgegenstand gemeinsam festlegen

Zielvorstellungen

Vielfach sind es die westlichen Partner, welche die Initiative ergreifen und Forschungsvorhaben vorschlagen. Indessen ist das Vorlegen eines mehr oder weniger fertig formulierten und ausgearbeiteten Forschungsprojekts an einen möglichen Partner wenig sinnvoll – seine Vorstellungen und Bedürfnisse können kaum mehr einfließen. Stattdessen ist das Forschungsthema mit allen zu beteiligenden Partnern festzulegen, die Endverbraucher eingeschlossen, deren aktive Mitarbeit im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren vorzusehen ist. Dabei gilt zweierlei: einmal, Forschungsprioritäten zu berücksichtigen, die dem Interesse aller Beteiligten entsprechen; zum anderen, Forschungsprioritäten zu unterscheiden von der Forschungsfrage, die bearbeitet werden soll. Diese letzte ist präzise zu formulieren. Sie fusst auf einer oder mehreren Arbeitshypothesen und wird günstigenfalls mit Methoden angegangen, die partizipatives Forschen ermöglichen. Solche sind unter Umständen neu zu entwickeln und dem Fortschreiten der Arbeit laufend anzupassen.

Die damit verbundene hohe Komplexität der Probleme erfordert eine transdisziplinäre, das ganzheitliche Denken fördernde Form der Zusammenarbeit. Sie ist am ehesten geeignet, auf gesellschaftlich bedeutsame Probleme entsprechende Antworten zu finden.

Umsetzungshinweise

Wer eine Forschungsidee oder -absicht hat und sie zusammen mit Partnern realisieren möchte, sollte sich möglichst früh an diese wenden, um das Projekt in seinen Einzelheiten mit ihnen gemeinsam zu besprechen und auszuarbeiten. Damit wird vermieden, dass vorwiegend einseitige Interessen berücksichtigt werden. Die Folge einer solchen Einseitigkeit kann sein, dass sich die übergangenen Partner auf Dauer mit dem Projekt nicht identifizieren können. Zu berücksichtigen ist, dass der Prozess des «Sich-gegenseitig-Findens» meist sehr viel Zeit beansprucht. Dies gilt insbesondere auch für die in der eigentlichen Forschungsarbeit aktiv Tätigen. Der Aufwand dürfte sich jedoch in mehrfacher Hinsicht lohnen.

Um gegebenenfalls weitere Betroffene – bis hin zur lokalen Bevölkerung – in den Vorbereitungsprozess sowie in die konkrete Forschungsarbeit miteinzubeziehen, sind spezielle Orientierungsveranstaltungen vorzusehen und gegebenenfalls allgemeinverständliche Unterlagen bereitzustellen. Das Mitwirken von NRO kann dabei wertvolle Hilfe bedeuten. Das traditionelle Wissen ist wo immer möglich mitzuberücksichtigen. Es kann helfen, Fehleinschätzungen externer «Experten» zu vermeiden und das Terrain für die Umsetzung der erwarteten Resultate frühzeitig zu ebnet.

Kontrollfragen

- Woher kommt der ursprüngliche Anstoss für die Forschungstätigkeit?
- Ist die Forschungsfrage klar gestellt? Ist sie allen Beteiligten verständlich?
- Sind die Hypothesen formuliert, die anzuwendenden Methoden festgelegt?
- Werden alle relevanten und betroffenen Akteure am Festlegen des Forschungsthemas aktiv beteiligt?
- Berücksichtigt das Forschungsvorhaben die Interessen aller Beteiligten, insbesondere diejenigen der Endverbraucher auf Seiten der Südpartner?
- Reiht sich die geplante Forschungstätigkeit in eine nationale oder regionale Forschungspolitik der Partner ein? Entspricht sie einem allen Partnern gemeinsamen Interesse ?
- Nimmt das Forschungsvorhaben auf die sozialen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und technischen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Partner Rücksicht?

Wenn ja: in welcher Art und Weise?

- Wer sind voraussichtlich die primären Nutzniesser der Erkenntnisse aus der geplanten Forschungsaktivität?

(ev. Rangfolge angeben)

- | | |
|---------------------------|-----------------|
| • Forschende | aus EL / aus IL |
| • Forschungsinstitutionen | aus EL / aus IL |
| • Behörden | aus EL / aus IL |
| • Privatwirtschaft | aus EL / aus IL |
| • NRO | aus EL / aus IL |
| • Bevölkerung | aus EL / aus IL |

- andere (welche?)
- Wird das überlieferte traditionelle Wissen der Partner/Bevölkerung in den Forschungsplan miteinbezogen?
Wenn ja: wie?

2. Prinzip: Vertrauen aufbauen

Zielvorstellungen

Ohne allseitiges Vertrauen ist erfolgreiche Zusammenarbeit kaum vorstellbar. Das Schaffen von Vertrauen zwischen oft sehr ungleichen Partnern erheischt Einfühlungsvermögen, Geduld und Zeit. Vorurteile sind abzubauen und Anreize für eine ehrliche Forschungszusammenarbeit zu schaffen.

Nebst der Zusammenarbeit mit bereits bekannten Partnern sind gezielt neue Kontakte und Beziehungen anzustreben, sowohl um das persönliche Netzwerk aller Beteiligten zu erweitern wie auch um dasjenige der mitarbeitenden Institutionen zu verstärken.

Umsetzungshinweise

Schon gemachte positive Erfahrungen fördern Vertrauen; deshalb ist es häufig günstig, auf bestehende, bisher erfolgreiche Kontakte mit Forschenden, Forschungsinstitutionen, Behörden und Bevölkerung zurückzugreifen. Es empfiehlt sich, die vorausgegangene Zusammenarbeit zu analysieren und alle Partner so genau und objektiv wie möglich zu charakterisieren. Es gilt überdies, ihre Einbettung in den gesellschaftlichen und institutionellen sowie politisch-wirtschaftlichen Rahmen genau zu kennen. Dies hilft, Fehleinschätzungen oder überhöhte Erwartungen zu vermeiden und negativen Folgen frühzeitig entgegenzutreten.

Der Einbezug neuer Partner ist durch aktive Suche und wenn immer möglich persönliche Kontaktnahme anzugehen (z.B. unter Verwendung von Publikationshinweisen, Internet-Suche, Teilnahme an internationalen Veranstaltungen). Ein vorgängiger Besuch der in Frage kommenden Forschungsinstitution und das Einholen von Referenzen können wertvolle Hinweise bezüglich bisher unbekannter Partner liefern. In Betracht zu ziehen sind auch probeweise kurzfristige gegenseitige Forschungsaufenthalte bei den in Aussicht genommenen Partnern.

Kontrollfragen

- Kennen sich alle Partner bereits gut genug und können sie sich gegenseitig vertrauen (positive bzw. negative Erfahrungen)?
- Liegen Charakterisierungen und Referenzen aller vorgesehenen Partner & -institutionen vor?
- Ist die gezielte Suche nach weiteren Partnern vorgesehen?

Wenn ja: nach welchen? Wie?

3. Prinzip: Informieren und vernetzen

Zielvorstellungen

Entscheidend für eine gute Zusammenarbeit zwischen Partnern, welche häufig durch beträchtliche geographische Distanzen voneinander getrennt sind, ist eine funktionierende Kommunikation. Es gilt insbesondere, regelmässig und umfassend Informationen austauschen zu können, sich also (technisch) zu «vernetzen». Zudem muss – aufgrund der oft beträchtlichen «kulturellen Distanz» der beteiligten Partner – die Ausdrucks- und Denkweise gegenseitig abgestimmt werden. Ohne beides ist keine wirksame Koordination möglich. Idealerweise sollten alle Partner über einen vergleichbaren Informations- und Wissensstand betreffend die gemeinsame Forschungstätigkeit und ihr Umfeld verfügen. Dies bedingt – besonders für die Partner aus EL – den Anschluss an regionale und internationale Informations-Netzwerke.

Umsetzungshinweise

Es gilt zunächst, allen Beteiligten, im In- und Ausland, Studierende eingeschlossen, die Bedeutung der gruppeninternen Kommunikation klarzumachen. Es gilt ferner abzuklären, über welche Kommunikationsmittel die beteiligten Partner verfügen. Sollten diese ungenügend sein, so müsste wenn immer möglich dafür gesorgt werden, dass sich die Partner die notwendige Infrastruktur beschaffen können (z.B. Telefon, Faxgerät, Computer mit E-Mail und/oder Internet-Anschluss). Entsprechende zusätzliche Auslagen sollten im Budget berücksichtigt werden.

Weiter helfen klare Abmachungen, welche den regelmäßigen Austausch von Informationen regeln. Häufige, regelmäßige Kommunikation hilft auch, die oft etwas isolierte Stellung der Partner in EL zu entschärfen.

Kontrollfragen

- Ist organisatorisch und technisch dafür gesorgt, dass sich alle beteiligten Partner gegenseitig hinreichend und regelmäßig kontaktieren können?
 - Wenn ja: Welche Vorkehrungen sind getroffen?
 - Welche technischen Kommunikationsmittel stehen zur Verfügung?
 - Wenn nein: wären Sie in der Lage, die Partner beim notwendigen Infrastrukturaufbau zu unterstützen?
 - Wenn ja: wie?
- Verfügen alle Partner über ausreichende (vorab technische) Möglichkeiten, um auch mit internationalen Organisationen, Datenbanken etc. Verbindung aufzunehmen? Sind sie mit der Benützung der vorhandenen technischen Einrichtungen genügend vertraut ?
 - Wenn nein: wären Sie in der Lage, die Partner beim notwendigen Infrastrukturaufbau zu unterstützen?
 - Wenn ja: wie?

4. Prinzip: Verantwortung teilen

Zielvorstellungen

Sowohl die wissenschaftliche wie auch die administrative Leitung und Verantwortung soll von allen Partnern möglichst gemeinsam getragen werden. Dabei ist auf die jeweilige Kompetenz und Kapazität Rücksicht zu nehmen. Durch das Einbinden aller Partner in die verschiedenen Verantwortungsbereiche wird die Identifikation mit der gemeinsamen Forschungstätigkeit verstärkt. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass Projekte häufig als solche der Nordpartner aufgefasst werden; dies erschwert den Südpartnern auf die Dauer die Identifikation mit den fraglichen Vorhaben. Mit ihrer Beteiligung an administrativen Aufgaben erhalten weniger erfahrene Partner Gelegenheit, bezüglich Forschungsmanagement Erfahrungen zu sammeln.

Umsetzungshinweise

Frühzeitige, genaue Absprache der Aufteilung der Führungsaufgaben ist gerade bei Partnern aus unterschiedlichen Kulturkreisen eminent wichtig. Da die Verständigung häufig in einer für alle Partner fremden Sprache stattfindet, kann es leicht zu Missverständnissen kommen. Es empfiehlt sich, die Verantwortungsbereiche und die Verteilung der Aufgaben im direkten persönlichen Gespräch auszuhandeln und schriftlich festzuhalten. Je nach den nationalen Gegebenheiten sind die mit den Partnern getroffenen Vereinbarungen noch von deren vorgesetzten Stellen bestätigen zu lassen.

Kontrollfragen

- Werden alle beteiligten Partner in die wissenschaftliche Betreuung und administrative Verantwortung – gemäß ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten – eingebunden?
- Haben alle verantwortlichen Partner Einblick in die für sie relevanten schriftlichen Unterlagen?
- Sind die personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zur Übernahme von Verantwortung allseits gegeben?

Wenn nein: was müsste vorgekehrt werden?

5. Prinzip: Transparenz schaffen

Zielvorstellungen

Eine angemessene Beteiligung aller Partner am Aufwand der geplanten Forschungstätigkeit verstärkt das allseitige Engagement für die gemeinsame Sache ebenfalls. Dabei sind auch die in anderer als Geldform erbrachten Leistungen entsprechend einzustellen.

Um der Forderung nach Transparenz zu genügen, sind Herkunft, Umfang und Verwendung, speziell der Geldmittel, allen beteiligten Partnern offen zu deklarieren. Finanzielle

Entscheide sind wenn immer möglich im Einvernehmen sämtlicher Partner zu fällen, wobei das materielle Engagement nicht die alleinige Grundlage für die Stimmstärke sein sollte.

Umsetzungshinweise

Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, die zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Rechte und Pflichten in vertraglicher Form schriftlich festzuhalten («Memorandum of Understanding»). Damit sich die berechtigten Partner über das Einhalten der Vereinbarungen vergewissern können, ist ihnen der uneingeschränkte Einblick in die entsprechenden Unterlagen zu gewähren. Regelmäßige Abrechnungen und Kontrollen, periodisches Nachführen von Inventarlisten etc., stellen geeignete Maßnahmen im Sinne der Transparenz dar.

Im Weiteren ist den Anforderungen seitens der Geldgeber bezüglich des Ausweisens der Kosten Rechnung zu tragen.

Kontrollfragen

- Sind die gemeinsam vereinbarten finanziellen und anderweitigen Leistungen sowie die damit verbundenen Rechte und Pflichten schriftlich festgehalten?
- Ist die Herkunft sowie die geplante und tatsächliche Verwendung der finanziellen Mittel und anderweitiger Beitragsleistungen allen Beteiligten bekannt?
- Sind die finanziellen Entscheidungskompetenzen klar und fair geregelt?

6. Prinzip: Zusammenarbeit fortlaufend erfassen

Zielvorstellungen

Der Fortgang des Forschungsvorhabens sowie die Entwicklung der Partnerschaft sind laufend zu verfolgen («Monitoring»²³). Überdies ist periodisch in – internen und/oder externen – Evaluationen der Erfolg, bzw. Misserfolg in sämtlichen partnerschaftlichen Belangen (Management, Kommunikation, Entscheidungsprozesse, Umsetzung, Förderung der Kapazitäten aller Partner u.s.w.) möglichst genau zu erfassen.

Umsetzungshinweise

Informationsaustausch und regelmäßige Zusammenkünfte helfen, allfällige Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit früh zu erfassen und wirksam anzupacken. Es empfiehlt sich unter Umständen, allen Partnern das Führen eines Tagebuchs nahezulegen. Zwischenberichte u.ä. sollten wenn immer möglich gemeinsam verfasst werden; Entwürfe sind zur gegenseitigen Stellungnahme zu unterbreiten.

Für periodische interne Evaluationen sind die Kriterien gemeinsam und möglichst frühzeitig festzulegen; im Bedarfsfall sind sie veränderten Umständen anzupassen.

²³ «Monitoring» verlangt für die laufende Überprüfung der Ziele definierte Indikatoren/Kriterien.

Bei externen Evaluationen ist darauf zu achten, dass zur Evaluatorengruppe sowohl Vertreter von EL wie solche von IL zählen. Im Rahmen des ihnen erteilten Auftrags müssen die Evaluatoren frei sein.

Kontrollfragen

- Ist ein Monitoring betreffend partnerschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen?
Wenn ja: wie erfolgt es?
- Sind an internen Evaluationen alle Partner ausgewogen und aktiv beteiligt?
Wenn nein: weshalb nicht?
- Sind die Kriterien der internen Evaluation gemeinsam festgelegt worden und allgemein bekannt?
- Drängt sich eine externe Evaluation auf?
Wenn ja: ist die Evaluatorengruppe zweckmässig zusammengesetzt und ist ihr Auftrag sinnvoll festgelegt worden?
- Reichen die geplanten beziehungsweise zugesprochenen Geldmittel für Monitoring und Evaluationen aus?

7. Prinzip: Ergebnisse bekannt machen

Zielvorstellungen

Grundsätzlich gilt, dass die Forschungsergebnisse uneingeschränkt zugänglich sein sollten. Je nach den Verhältnissen kommen bei partnerschaftlichen Forschungsprojekten zwischen IL und EL sehr unterschiedliche Partner zusammen. Nicht alle haben gleichviel Erfahrung mit der Publikation von Forschungsergebnissen und schon gar nicht denselben Zugang zu geeigneten Gefäßen. Es muss daher dafür gesorgt werden, dass alle Beteiligten angemessen an der Verbreitung der Ergebnisse teilhaben können. Dies gilt insbesondere für wissenschaftliche Publikationen in angesehenen internationalen Zeitschriften.

Da sich partnerschaftliche Forschungsprojekte zwischen IL und EL überdies häufig an konkreten Problemen der Endverbraucher orientieren, ist dafür zu sorgen, dass auch sie die Resultate der Forschungstätigkeit in geeigneter Form mitgeteilt erhalten. Dadurch wird der Weg für deren spätere Umsetzung unter aktivem Einbezug der lokalen Bevölkerung geebnet (höhere Akzeptanz).

Umsetzungshinweise

Wegen der unterschiedlichen Publikationserfahrungen drängt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Partnern bei der Vorbereitung von Artikeln auf. Dabei sind keine «Geschenke» im Sinne übermäßigen Entgegenkommens (z.B. Reihenfolge bei der Nennung der Autoren) zu machen; es sind lediglich allen die gleichen Rechte einzuräumen. Um die erzielten Resultate auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, müssen diese in allgemein verständlicher Art und Weise präsentiert und gegebenenfalls in Lokalsprachen übersetzt werden. Der Wissenstransfer kann dabei auf sehr unterschiedliche Weise durchgeführt werden (z.B. Vorträge, Wanderausstellungen, Diskussionen, Theateraufführungen etc.); nicht selten liefern solche Anstrengungen den Forschenden nützliche Rückmeldungen.

Für Wissenschaftler mag die Aufgabe der Resultatvermittlung ungewohnt und schwierig sein; unter Umständen sind erfahrene Personen, Institutionen oder Organisationen beizuziehen (z.B. lokale NRO; vgl. Fallbeispiele im Anhang).

Kontrollfragen

- Muss der Zugang zu den erhaltenen Forschungsergebnissen oder ihrer Verbreitung eingeschränkt werden?

Wenn ja: für wen? Warum?

- Sind neben Publikationen in internationalen und nationalen wissenschaftlichen Zeitschriften auch solche allgemeinverständlicher Art vorgesehen?

Wenn ja: welche?

- Existieren konkrete Vorstellungen darüber, wie das gewonnene Wissen bis hin zu den direkt betroffenen Zielgruppen erfolgreich übermittelt werden kann?

Wenn ja: welche? (z.B. Durchführung von Seminaren, Workshops, Konferenzen, Vorträgen, öffentlichen Veranstaltungen, Kongressen, Rundfunkbericht, Wanderausstellungen, allgemeinverständliche Unterlagen und dergleichen)

- Besteht die Absicht und die Möglichkeit, geeignete Personen aus den Zielgruppen (z.B. «Opinion Leaders», «Stakeholders», wichtige lokale & regionale Akteure etc.) aktiv in den Prozess der Verbreitung und Umsetzung des gewonnenen Wissens miteinzubeziehen?

Wenn ja: wer? Wie?

8. Prinzip: Ergebnisse umsetzen

Zielvorstellungen

Partnerschaftliche Forschungszusammenarbeit zwischen IL & EL erhebt oft den Anspruch, praxisnah zu sein und sich zumindest ansatzweise den Alltagsproblemen benachteiligter Gesellschaften anzunehmen. Sie weckt daher häufig Erwartungen, sowohl bei den Partnern aus EL wie auch bei den Endverbrauchern. Doch die, beispielsweise in Felderhebungen geweckten Erwartungen werden häufig enttäuscht; die Forschenden kehren kaum je vor Ort zurück, um ihre Befunde mitzuteilen, geschweige denn bei ihrer allfälligen Umsetzung mitzuwirken.

Es reicht nicht, die erarbeiteten Resultate – auch in noch so geeigneter Form – zu verbreiten. Im Rahmen seiner Möglichkeiten obliegt dem Forscherteam, Massnahmen zu treffen, welche das Umsetzen und Anwenden der Resultate zugunsten der Zielgruppen gewährleisten.

Umsetzungshinweise

Da die Umsetzung und Anwendung praxisrelevanter Forschungsergebnisse oft sehr komplex ist (Stichworte: methodisches Vorgehen, Akzeptanz, Finanzierung, Verantwortung etc.), drängt sich eine Zusammenarbeit mit Institutionen auf, welche einen besonders guten Zugang zur Bevölkerung haben (z.B. NRO, Behörden), und/oder mit Firmen, unter Umständen mit solchen, die dafür eigens gegründet werden. Dessen ungeachtet dürfte es sinnvoll sein, politische Entscheidungsträger und/oder staatliche Stellen frühzeitig über den Fortschritt, beziehungsweise die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zu informieren und mit ihnen mögliche

Umsetzungen und Anwendungen zu besprechen. Damit können allenfalls Behörden für aktives Mitwirken gewonnen werden, so dass nach Abschluss der eigentlichen Forschungsarbeit die notwendigen Schritte rasch genug eingeleitet werden können, um die geweckten Erwartungen soweit als möglich zu erfüllen.

Kontrollfragen

- Sind konkrete, den lokalen, nationalen und regionalen Verhältnissen angepasste Vorkehrungen geplant, um die Umsetzung und Anwendung des gewonnenen Wissens zum Vorteil der festgelegten Zielgruppe(n) einzusetzen?
 - Wenn ja: welcher Art?
 - Wenn nein: warum nicht?
- Werden politische Entscheidungsträger, Behörden und NRO periodisch über den Fortgang der Forschungsarbeiten informiert, und werden mit ihnen mögliche Schritte zur späteren Umsetzung besprochen?

Wenn ja: wie? Welche?
- Werden bei der Planung der Umsetzung sämtliche Betroffenen miteinbezogen, insbesondere auch die Zielgruppe(n)?

Wenn ja: welche? Wie?

9. Prinzip: Gewinne gerecht teilen

Zielvorstellungen

Forschungsergebnisse können in der Regel ideell und/oder materiell (wirtschaftlich) verwertet werden. In beiden Fällen gilt es, alle beteiligten Partner in angemessener Weise an der Nutzung zu beteiligen. Zum häufig – und wohl oftmals berechtigt erhobenen – Vorwurf, der «Partner» aus dem IL veröffentliche gemeinsam erarbeitete Resultate vorwiegend allein (einschließlich «Copyright») und benütze sie mehrheitlich zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil (Patente), darf es nicht mehr kommen.

Umsetzungshinweise

Bei der Verbreitung der Forschungsergebnisse sollen alle maßgeblich Beteiligten in Erscheinung treten (Autorenschaft von Publikationen, Halten von Vorträgen, Rundfunk-, Fernseh- und andere audiovisuelle Sendungen etc.). Auch Hilfestellungen weiterer Mitwirkender sind angemessen zu verdanken (z.B. die Beschaffung traditionellen Wissens). Es empfiehlt sich, das Veröffentlichungsrecht im Voraus abzusprechen und schriftlich festzuhalten. Dabei sind auch allfällige Auflagen seitens der Geldgeber zu berücksichtigen.

Da je nach Forschungsgegenstand den zu erwartenden Ergebnissen erhebliches wirtschaftliches Potential zukommt, sind die rechtmäßigen Ansprüche aller beteiligten Partner soweit möglich im Voraus und mit Vorteil schriftlich zu regeln. Dabei sind die internationale Gesetzgebung (Patentrecht u.ä.) und die nationalen Verordnungen des Gastgeberlandes zu berücksichtigen.

Kontrollfragen

- Werden alle beteiligten Partner bei der Veröffentlichung der gemeinsam erzielten Ergebnisse angemessen berücksichtigt?
- Wer beschliesst über die Veröffentlichung der gemeinsam erzielten Forschungsergebnisse?
- Wem wird vor der Veröffentlichung Einblick in die Entwürfe etc. gewährt?
- Sind verbindliche Abmachungen getroffen worden, für den Fall, dass die Forschungsergebnisse von wirtschaftlicher Bedeutung sein sollten?
Wenn ja: welche?
- Wem sollen wirtschaftlich nutzbare Forschungsergebnisse zur Verfügung gestellt werden und zu welchen Konditionen?

10. Prinzip: Forschungskapazitäten fördern

Zielvorstellungen

Hauptanliegen von Forschungspartnerschaften zwischen IL und EL bleibt – nebst den erhofften Forschungsergebnissen – die Stärkung des allseitigen weltweiten Forschungspotentials, und zwar auf individueller wie auf institutioneller Ebene. Dabei ist auf die unterschiedlichen persönlichen wie auf die institutionellen Hintergründe und Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen. Besonders zu fördern ist Forschungszusammenarbeit unter EL («South-South Collaboration»). Das dort herrschende Umfeld der Forschung und die damit verbundenen Probleme bieten mancherlei Gemeinsamkeiten. Auch entspricht der Wunsch nach Süd-Süd-Kooperation zur Zeit einem ausgesprochenen Bedürfnis der nicht- bzw. wenig industrialisierten Länder. Wie im «Vorwort» vermerkt, ist es ihr erfreuliches und ernstes Anliegen, in gemeinsamer Anstrengung ihre Forschungsleistungen denjenigen der IL anzugleichen. Die letzteren sollten alles Erdenkliche tun, um die EL in ihren Bestrebungen zu unterstützen, umso mehr als es dort häufig immer noch an der unerlässlichen staatlichen Unterstützung fehlt.

Umsetzungshinweise

Für die partizipierenden ForscherInnen stellen Gast-, Aus- und Weiterbildungsaufenthalte gute Gelegenheiten dar, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, neue Methoden zu erlernen, Informationen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Die formelle Unterstützung von Institutionen mit Vereinbarungen, Kooperationsverträgen, Managementberatung etc., wie auch eine Mithilfe bei der Erweiterung ihrer Infrastruktur, tragen dazu bei, die Attraktivität des «Forschungsplatzes EL» zu verbessern.

Selbst schon die Vermittlung von Namen und Adressen können eine wertvolle Hilfe darstellen; IL verfügen vielfach über vollständigere Angaben als die Partner in EL.

Kontrollfragen

- Leistet die geplante gemeinsame Forschungsaktivität voraussichtlich einen Beitrag an die Erhöhung der wissenschaftlichen Kapazität der Partner?

- Wenn ja: Worin profitieren die Forschenden, worin ihre Institutionen?
- Welche Bedeutung hat das Forschungsvorhaben für das (Fachgebiet im) Land?
- Ist ein gegenseitiger Austausch von Partnern zur fachlichen Weiterbildung vorgesehen?
Wenn ja: Wer? Wann? Für wie lange?
- Welche konkreten Unterstützungsmassnahmen sind im Hinblick auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit unter EL vorgesehen?
 - Vermitteln von Kontakten
 - Fördern des Informationsaustauschs
 - Organisieren von Treffen / Begegnungen
 - Planen und Durchführen gemeinsamer Forschungsvorhaben
 - finanzielle Unterstützung
 - andere (welche?)

11. Prinzip: Erreichtes sichern

Zielvorstellungen

Das in großer Anstrengung gemeinsam Erreichte darf mit dem formellen Abschluss der Zusammenarbeit nicht verloren gehen. Umsonst wäre sonst die Investition an Energie, Zeit und Geld geleistet worden. Im Falle eines Erfolgs umfasst das Erreichte mindestens dreierlei: das neu erworbene Wissen, einen Beitrag an dauerhafte Entwicklung und, ganz besonders, die neu oder zusätzlich entwickelten Forschungskapazitäten. Das erworbene Wissen wird in Veröffentlichungen festgehalten (Prinzipien 7 und 9). An dauerhafte Entwicklung beitragen bedeutet, Forschungsergebnisse nachhaltig umsetzen (Prinzip 8).

Neu entwickelte Forschungskapazitäten zu erhalten, bedingt einesteiils die Weiterexistenz und Festigung bestehender oder die Gründung neuer Institutionen, sowie andernteils Arbeitsplätze und zumutbare Arbeitsbedingungen.

Schon in den IL bietet es den wissenschaftlichen Institutionen zuweilen Schwierigkeiten, ihren MitarbeiterInnen nach Einsätzen in EL adäquate Arbeit anzubieten. Mit viel erheblicheren Schwierigkeiten betreffend ihre Weiterbeschäftigung, ja gar betreffend das Weiterbestehen ihrer Institutionen, sehen sich die Partner aus EL nach Abschluss der gemeinsamen Forschungstätigkeit konfrontiert. Für gute ForscherInnen aus EL mag die Verlockung zu groß werden, sich nach IL abzusetzen, um dort aussichtsreichere Stellen zu übernehmen («Brain Drain»). Andere sehen sich gezwungen, den Lebensunterhalt mit un- oder unterqualifizierten (Neben-) Beschäftigungen zu verdienen.

Umsetzungshinweise

Es geht letztlich um die Einsicht in Bedeutung und Dringlichkeit der Forschung weltweit. Es geht um das Anheben des Ansehens, das Forschung in EL genießt. Dieses Ansehen muss sich die Forschung mit erkennbaren Leistungen und informativer Öffentlichkeitsarbeit selbst schaffen. Erst dann kann sie auf verstärkte Unterstützung ihrer Institutionen, von staatlicher und privater Seite, und auf bessere Entlohnung der darin Arbeitenden hoffen.

In diesen Bemühungen sind die Institutionen der EL zu unterstützen. Vor allem gilt es, Partner und Partnerinstitutionen nach Abschluss der gemeinsamen Forschungstätigkeit nicht einfach sich selbst zu überlassen, sondern einen möglichst regen persönliche Kontakt und Informationsaustausch aufrechtzuerhalten (z.B. Veranstaltung gemeinsamer Seminare, Vorlesungen etc.). Die Überwindung der wissenschaftlichen Isolation stellt einen wichtigen (auch moralischen) Beitrag dar, um der Abwanderung der fähigsten ForscherInnen aus EL entgegenzuwirken. Der Kontakt zur internationalen Forschergemeinschaft ist dabei von hervorragender Bedeutung.

Gezielte Maßnahmen zugunsten einer berufsspezifischen (wissenschaftlichen) Weiterbeschäftigung der Partner (z.B. Hilfe bei der Beschaffung von Forschungsmandaten im eigenen Land oder für internationale Organisationen, NRO etc.) sind in Betracht zu ziehen. Die Möglichkeit weiterer Beihilfe (Finanzmittel, Beratung etc.) zugunsten des Weiterbestehens und gegebenenfalls eines Ausbaus von Partnerinstitutionen sind anzustreben.

Kontrollfragen

- Werden die erzielten Resultate in geeigneter Form dazu (mit-) verwendet, dem Stellenwert der Forschung in EL zu größerer Beachtung zu verhelfen?
Wenn ja: wie?
- Sind Vorkehrungen und Unterstützungsmassnahmen für die berufsspezifische (wissenschaftliche) Weiterbeschäftigung der ausgebildeten Partner in EL nach Abschluss der gemeinsamen Forschungstätigkeit vorgesehen?
Wenn ja: welche?
- Kann von der Forschungstätigkeit als Ganzes erwartet werden, dass sie dazu beiträgt, die Abwanderung von Forschenden aus EL zu verringern?
Wenn ja: Worauf beruht diese Vermutung?
- Sind Unterstützungsmassnahmen für die Stärkung der Partnerinstitutionen in EL nach Abschluss der gemeinsamen Forschungstätigkeit vorgesehen?
Wenn ja: welche?
- Sind allenfalls Vorkehrungen getroffen, um nach planmässiger Beendigung der gemeinsamen Forschungstätigkeit im Bedarfsfall eine – wenn auch durch den Partner unter Umständen alleinige – Fortführung zu ermöglichen?

Zitierte Literatur

Amini, Siawuch/Fremerey, Michael/ Wesseler, Matthias Wesseler (Hrsg.) 1999: University Staff Development Programme: Towards a Shared Vision for Higher Education. (Cross-cultural Insights & Projects, Vol II). Witzhausen: Institute for Socio-cultural and Socio-economic Studies, University of Kassel.

Bär, Siegfried 1996: Forschen auf Deutsch. Der Machiavelli für Forscher - und solche die es noch werden wollen. Frankfurt/M.: Verlag Harri Deutsch.

Becher, Tony 1989: Academic Tribes and Territories. Intellectual Enquiry and the Cultures of Disciplines. Buckingham: Society for Research into Higher Education and Open University Press.

Berger, Peter L., Luckmann, Thomas 2003 (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. 19. Auflage. Frankfurt.

Bierschenk, Thomas/Wieschialek, Heike 2002: Zur Situation von Universitäten, Studierenden und Sozialwissenschaften in Afrika. Arbeitspapiere des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien Nr. 2., Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität.

BMBF 2002: Bildung und Forschung weltoffen – Innovation durch Internationalität. Bundesministerium für Bildung und Forschung, in: http://www.bmbf.de/pub/20020718_bf_weltoffen.pdf; 12/2004.

Bourdieu, Pierre 1985 : Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt.

Bourdieu, Pierre 1988: Homo Academicus, Stanford: Stanford University Press.

Brand, Karl-W. (Hrsg.) 2000: Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität, Berlin: Analytica.

Brand, U./Görg, C. 2001: Zugang zu genetischen Ressourcen und die Sicherung geistigen Eigentums: zentrale Konflikte um die Gestaltung postfordistischer Naturverhältnisse, in: http://www.attac.de/archiv/zugang_zu_genetischen_ressourcen.pdf; 12/2004.

Chambers, R./Pacey, A./Thrupp L.A. (Hrsg.) 1989: Farmer First: Farmer Innovation and Agricultural Research, London.

Crossman, Peter 1999 : Endogenisation and African Universities. Initiatives and issues in the quest for plurality in the human sciences, Leuven: Africa Research Centre, Dept. of Social and Cultural Anthropology, Katholieke Universiteit Leuven.

DFG 2004: Merkblatt. Forschungsk Kooperationen mit Entwicklungsländern (DFG-BMZ-Programm). Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: http://www.dfg.de/internationales/internationale_kooperationen/koop_allg/index.html; 12/2004.

DiMaggio, Paul/Powell, Walter 1991: Introduction, in Powell/DiMaggio (eds.): The New Institutionalism in Organizational analysis. Chicago.

Evers, Hans-Dieter/Gerke, Solvay 2003: Local and global knowledge: Social science research on Southeast Asia, Bonn.

Evers, Hans-Dieter/Kaiser, Markus/Müller, Christine (im Druck): Entwicklung durch Wissen: eine neue globale Wissensarchitektur. Soziale Welt.

Foaleng, Michel 2003: Wissenschaftskooperation und Rassismus, in: epd entwicklungspolitik 2003: 5, 33-36.

Fuest, Veronika 1999: Modernes Wissen - moderne Macht. Zur kulturellen Konstruktion formaler Bildung am Beispiel von Geheimbund- Gesellschaften in Liberia und Sierra Leone. Zeitschrift für Ethnologie 124: 73-95.

Fuest, Veronika 2004: Anspruch und Wirklichkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit in der deutschen Umweltforschung: epistemologische, organisatorische und institutionelle Aspekte. In: <http://www.hirzel.de/universitas/online.htm>

Giddens, Anthony 1984: The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration. Berkeley.

Gaillard, Jacques F. 1994: North-South Research Partnership: Is Collaboration Possible between Unequal Partners? Knowledge and Policy 7: 2, 31-63.

Ghawami, Kambiz 2003: High-Noon für Taten. Internationalisierung der Hochschulen vor der Zeitenwende? epd-Entwicklungspolitik 2003: 3, 26-27.

Gyapong, John O. 2001: Presentation 5: The case of health research in Ghana, in: North-South - Research Partnerships: Issues and Challenges (RAWOO), The Hague: Netherlands Development Assistance Research Council (RAWOO), 19-22.

Habermas, Jürgen 1968: Erkenntnis und Interesse.

Hagmann, Jürgen/Almekinders, Conny 2003: Developing 'soft skills' in higher education, in: pla notes 48: 21-25.

Hovland, Ingie 2003: Communication of Research for Poverty Reduction: A Literature Review, London: Overseas Development Institute.

International Foundation for Science 2004: Annual Report 2003. Stockholm: International Foundation for Science, in: <http://www.ifs.se/Publications/AnnualReports/IFS%20Annual%20Report%202003.pdf>; 12/2004.

KFPE 1998: Leitfaden für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern – 11 Prinzipien. Bern: Schweizerische Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern, in: http://www.kfpe.ch/key_activities/publications/guidelines.html; 12/2004.

Maselli, Daniel/Lys, Jon-Andri/ Schmid, Jacqueline 2004: Improving Impacts of Research Partnerships. K. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries, ed. Bern: Geographica Bernensia. In: http://www.kfpe.ch/key_activities/impact_study/index.html.

Maselli, Daniel/Sottas, Beat (Hrsg.) 1996: Research Partnerships for Common Concerns. Proceedings of the International Conference on Scientific Research Partnership for Sustainable Development - North-South and South-North Dimensions, Bern, March 5-7, 1996, Hamburg: LIT.

McKernan, J. 1991: Curriculum Action Research. A Handbook of Methods and Resources for the Reflective Practitioner. London.

McCorkle, Constance/McClure, Gail D. 1995: Farmer know-how and communication for technology transfer: CTTA in Niger. In: Warren, D. Michael/Slikkerveer, L. Jan/Brokensha, David (Hrsg.): The Cultural Dimension of Development. Indigenous Knowledge Systems, London, 323-32.

North, Douglass C. 1990: Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge.

Overseas Development Institute 2004: RAPID Briefing Paper. Bridging Research and Policy in International Development. An Analytical and Practical Framework, in: http://www.odi.org.uk/RAPID/Publications/Documents/rapid_bp1_web.pdf

PreiBer, Rüdiger 1994: Die Außeralltäglichkeit der deutschen Hochschulen: Hochschule als paradoxe Bürokratie. Beiträge zur Hochschulforschung 1994: 2,151-186.

RAWOO 2001: North-South Research Partnerships: Issues and Challenges. Trivandrum Expert Meeting, October 1999. Publication no. 22, Den Haag.

Rottenburg, Richard 2002: Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe, Stuttgart: Lucius.

Saint, William 2004: From Aid to Global Sharing of Knowledge: Research Excellence and Commitment to Development. Beitrag zur Tagung "Achieving the Millenium Development Goals: A Challenge for Global Higher Education", Berlin, 3.-4.11.2004. Deutscher Akademischer Austauschdienst, in: http://www.daad.de/de/download/entwicklung/veranstaltungen/2004_dies_saint.pdf.

Saragih, Bungaran 2004: From Aid to Global Sharing of Knowledge: Research Excellent and Commitment to Development. Beitrag zur Tagung "Achieving the Millenium Development Goals: A Challenge for Global Higher Education", Berlin, 3.-4.11.2004. Deutscher Akademischer Austauschdienst: http://www.daad.de/de/download/entwicklung/veranstaltungen/2004_dies_saragih.pdf.

Scott, James C. (1987): Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance. Yale University Press.

Shrum, Wesley Monroe Jr. 1996: Research Capacity for Sustainable Development. Report of a field study in Ghana, Kenya and Kerala (India), Den Haag.

SIDA 1999: Research Co-operation. I An Outline of Policy, Programmes and Practice, in: <http://www.sida.se/content/1/c6/02/11/29/Researchcoop1.pdf>; 12/2004.

SIDA 2004: Research Cooperation 2003. Forging Links, in: http://www.sida.se/content/1/c6/02/68/45/SIDA3907en_Forging_web.pdf; 12/2004.

Stather, Erich 2004: The Role of Higher Education Institutions in Development Policy. Beitrag zur Tagung "Achieving the Millenium Development Goals: A Challenge for Global Higher Education", Berlin, 3.-4.11.2004. Deutscher Akademischer Austauschdienst, in: http://www.daad.de/de/download/entwicklung/veranstaltungen/2004_dies_stather.pdf.

Taylor, Peter/Fransmann, Jude (Gastherausgeber) 2003: Learning and Teaching Participation in Institutions of Higher Learning. International Institute for Environment and Development, in: http://www.iied.org/sarl/pla_notes/pla_backissues/48_don.html.

Tetzlaff, Rainer 2003: "Die Dritte-Welt-Forschung hat keine starke Lobby". Rainer Tetzlaff zur Lage der Afrika-Forschung in Deutschland, in: epd Entwicklungspolitik 2003: 3, 21-25.

van Gestel, Jilles 2004: Policy Makers and Project Peasants: the World of Dutch Development Cooperation. Vortrag auf der Tagung "Recht als Ressource und Hemmnis von Entwicklung", Halle, September 2004. Erscheint in: von Benda-Beckmann, Franz et al. (Hrsg.) 2005: Recht und Entwicklung: Law and Development, Saarbrücken, i.E.

Volkswagenstiftung 2004: Wissen für morgen - Kooperative Forschungsvorhaben im sub-saharischen Afrika. Volkswagenstiftung, in: <http://www.volkswagenstiftung.de/foerderung/index.html>.

Weingart, Peter 1997: Interdisziplinarität - der paradoxe Diskurs. Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erwägungskultur 8 (4): 521-29.

Weltbank 1998: World Development Report 1998/99. Knowledge for Development, Oxford.

Abkürzungen und Akronyme

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EL	Entwicklungsländer
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
IFS	International Foundation for Science
IL	Industrieländer
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaften in Entwicklungsländern (Schweiz)
NROs	Nichtregierungsorganisationen
RAWOO	Niederländischer Rat für Entwicklungshilfeforschung
SAREC	Schwedische Agentur für Forschungskooperation mit Entwicklungsländern
SFB	Sonderforschungsbereich
SIDA	Swedish International Development Agency

ZEF Working Paper Series, ISSN 1864-6638
 Department of Political and Cultural Change
 Center for Development Research, University of Bonn
 Editors: H.-D. Evers, Solvay Gerke, Peter Mollinga, Conrad Schetter

- Nr. 1 Evers, Hans-Dieter and Solvay Gerke (2005). Closing the Digital Divide: Southeast Asia's Path Towards a Knowledge Society.
- Nr. 2 Bhuiyan, Shajahan and Hans-Dieter Evers (2005). Social Capital and Sustainable Development: Theories and Concepts.
- Nr. 3 Schetter, Conrad (2005). Ethnicity and the Political Reconstruction of Afghanistan.
- Nr. 4 Kassahun, Samson (2005). Social Capital and Community Efficacy. In Poor Localities of Addis Ababa Ethiopia.
- Nr. 5 Fuest, Veronika (2005). Policies, Practices and Outcomes of Demand-oriented Community Water Supply in Ghana: The National Community Water and Sanitation Programme 1994 – 2004.
- Nr. 6 Menkhoff, Thomas and Hans-Dieter Evers (2005). Strategic Groups in a Knowledge Society: Knowledge Elites as Drivers of Biotechnology Development in Singapore.
- Nr. 7 Mollinga, Peter P. (2005). The Water Resources Policy Process in India: Centralisation, Polarisation and New Demands on Governance.
- Nr. 8 Evers, Hans-Dieter (2005). Wissen ist Macht: Experten als Strategische Gruppe.
- Nr. 8a Evers, Hans-Dieter and Solvay Gerke (2005). Knowledge is Power: Experts as Strategic Group.
- Nr. 9 Fuest, Veronika (2005). Partnerschaft, Patronage oder Paternalismus? Eine empirische Analyse der Praxis universitärer Forschungsk Kooperation mit Entwicklungsländern.
- Nr. 10 Laube, Wolfram (2005). Promise and Perils of Water Reform: Perspectives from Northern Ghana.
- Nr. 11 Mollinga, Peter P. (2004). Sleeping with the Enemy: Dichotomies and Polarisation in Indian Policy Debates on the Environmental and Social Effects of Irrigation.
- Nr. 12 Wall, Caleb (2006). Knowledge for Development: Local and External Knowledge in Development Research.
- Nr. 13 Laube, Wolfram and Eva Youkhana (2006). Cultural, Socio-Economic and Political Constraints for Virtual Water Trade: Perspectives from the Volta Basin, West Africa.
- Nr. 14 Hornidge, Anna-Katharina (2006). Singapore: The Knowledge-Hub in the Straits of Malacca.
- Nr. 15 Evers, Hans-Dieter and Caleb Wall (2006). Knowledge Loss: Managing Local Knowledge in Rural Uzbekistan.
- Nr. 16 Youkhana, Eva, Lautze, J. and B. Barry (2006). Changing Interfaces in Volta Basin Water Management: Customary, National and Transboundary.
- Nr. 17 Evers, Hans-Dieter and Solvay Gerke (2006). The Strategic Importance of the Straits of Malacca for World Trade and Regional Development.
- Nr. 18 Hornidge, Anna-Katharina (2006). Defining Knowledge in Germany and Singapore: Do the Country-Specific Definitions of Knowledge Converge?

- Nr. 19 Mollinga, Peter M. (2007). *Water Policy – Water Politics: Social Engineering and Strategic Action in Water Sector Reform*.
- Nr. 20 Evers, Hans-Dieter and Anna-Katharina Hornidge (2007). *Knowledge Hubs Along the Straits of Malacca*.
- Nr. 21 Sultana, Nayeem (2007). *Trans-National Identities, Modes of Networking and Integration in a Multi-Cultural Society. A Study of Migrant Bangladeshis in Peninsular Malaysia*.
- Nr. 22 Yalcin, Resul and Peter M. Mollinga (2007). *Institutional Transformation in Uzbekistan's Agricultural and Water Resources Administration: The Creation of a New Bureaucracy*.
- Nr. 23 Menkhoff, T., Loh, P. H. M., Chua, S. B., Evers, H.-D. and Chay Yue Wah (2007). *Riau Vegetables for Singapore Consumers: A Collaborative Knowledge-Transfer Project Across the Straits of Malacca*.
- Nr. 24 Evers, Hans-Dieter and Solvay Gerke (2007). *Social and Cultural Dimensions of Market Expansion*.
- Nr. 25 Obeng, G. Y., Evers, H.-D., Akuffo, F. O., Braimah, I. and A. Brew-Hammond (2007). *Solar PV Rural Electrification and Energy-Poverty Assessment in Ghana: A Principal Component Analysis*.
- Nr. 26 Eguavoen, Irit;E. Youkhana (2008). *Small Towns Face Big Challenge. The Management of Piped Systems after the Water Sector Reform in Ghana*.
- Nr. 27 Evers, Hans-Dieter (2008). *Knowledge Hubs and Knowledge Clusters: Designing a Knowledge Architecture for Development*
- Nr. 28 Ampomah, Ben Y., Adjei,B. and E. Youkhana (2008). *The Transboundary Water Resources Management Regime of the Volta Basin*.
- Nr. 29 Saravanan.V.S.; McDonald, Geoffrey T. and Peter P. Mollinga (2008). *Critical Review of Integrated Water Resources Management: Moving Beyond Polarised Discourse*.
- Nr. 30 Laube, Wolfram; Awo, Martha and Benjamin Schraven (2008). *Erratic Rains and Erratic Markets: Environmental change, economic globalisation and the expansion of shallow groundwater irrigation in West Africa*.
- Nr. 31 Mollinga, Peter P. (2008). *For a Political Sociology of Water Resources Management*.